

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 26

Sonntag, den 29. Juni

1913

Der Fleischwucher.

Die Hilfsaktionen einiger großen Gemeinden gegen den Fleischwucher, der durch Vieh- und Fleischzölle systematisch gefördert wird, haben verdammt wenig genützt. Allerdings ist die Preisstreberei etwas gehemmt worden, aber die Fleischpreise stehen trotzdem so hoch, daß die breiten Volksmassen ihren Verbrauch an Fleischnahrung erheblich einschränken mußten. Ungenügende Ernährung des Volkes ist also die Folge der Zollpolitik, die von den Vertretern der bestehenden, ausbeuterischen Klassen als eine gesunde Wirtschaftspolitik bezeichnet wird, weil sie den Profit der Ausbeuter erhöht.

Aus den Berichten der Verwaltungen von Schlacht- und Viehhöfen ist der Rückgang des Fleischverbrauchs festgestellt worden. Heute wollen wir als Beweis dafür nur den soeben erschienenen Bericht der Stadt Augsburg anführen, der die Schlachtungen für das letzte Betriebsjahr mit 94 832 angibt; gegen das Vorjahr wurden 2371 Tiere weniger geschlachtet, und zwar hauptsächlich Großvieh. Dabei hat die Stadtverwaltung auf eigene Rechnung Vieh und Fleisch in größeren Posten aus Holland, Dänemark und Rußland eingeführt und in eigenen Verkaufsstellen abgegeben, um billigere Ernährungsmöglichkeiten zu schaffen. Das hat jedoch den Rückgang des Fleischkonsums nicht verhindert, weil die Preise trotzdem abnorm hoch blieben.

Die gleiche Erscheinung ist aus anderen Städten zu melden. In Berlin, wo die Hilfsaktion großen Umfang annahm, wird jetzt die Einfuhr frischen Fleisches aus Rußland eingestellt, weil die von der Regierung im Interesse der Agrarier gestellten Bedingungen große Kosten erfordern und damit nicht genügend auf die Preissteigerung bedacht. Die Einfuhr von lebendem Vieh, die sofort eine Minderung zum Vorkommen mit sich brächte, wird jedoch von den Regierungen nicht gestattet, das betreffende Ansuchen der Berliner Stadtverwaltung ist von der Regierung ablehnend beschieden worden; angeblich, um der Seuchengefahr zu wehren, in Wahrheit, um die Preise nicht zum Sinken zu bringen.

Neben den zollwucherischen Agrariern freuen sich die Schlächtermeister über das Verhalten der Regierung, da die Konkurrenz des billigen ausländischen Fleisches damit ausgeschlossen wird. Wie feindselig die Schlächter den Maßnahmen zur Verbilligung des Fleisches entgegenstehen, das wird durch die Beschlüsse des 36. Verbandstages des Deutschen Fleischerverbandes, der am 17. Juni in Kassel tagte, bestätigt. In einer Resolution wurde dort gegen die Fleischversorgung des Volkes durch Gemeindeverwaltungen Front gemacht. Verurteilt wurde „auf das schärfste das mehr und mehr hervortretende Bestreben, durch behördliche Einrichtungen und Maßnahmen die Fleischpreise zu sinken zu lassen, als sie durch die Konjunktur bedingt sind.“ Die Konjunktur wird jedoch durch Zölle und Grenzsperrmaßnahmen, also müßten die Fleischer sich dagegen wenden. Statt dessen machen auch sie sich die künstliche Preissteigerung zunutze.

Was für Gemütsmenschen im Fleischerverband ihr Wesen treiben und wie sie die Fleischnot mildern helfen wollen, geht aus dem Antrag des Bezirksvereins Rheinland-Westfalen hervor, nach dem Schweine mit lokalem Milzbrand in gekochtem Zustand auf der Freibank zu verkaufen seien. Es solle erst festgestellt werden, so meinte der Referent, ob der Genuß des Fleisches milzbrandkranker Schweine der menschlichen Gesundheit schädlich sei. Wie aber soll das geschehen? Sollen arme Leute als Versuchssubjekte dazu dienen oder wollen das die gemäßigten Fleischer an sich selber ausprobieren? Zu welcher Rohheit und Torheit doch die Prostitution verführt!

Aber nicht nur die Agrarier und Fleischer suchen die billige Fleischversorgung zu hindern, auch Stadtverwaltungen — sogar freisinnige — beteiligten sich daran. Ein skandalöser Vorgang in der Stadt Nürnberg zeigt davon. Im vorigen Jahre wurden auf Drängen der Sozialdemokratischen Verkaufsstellen errichtet, in denen Fleisch zum Selbstkostenpreis verkauft wurde. Das wirkte gegen die Preisstreberei. Jetzt, wo die Inlandspreise für Schweine niedriger stehen als die Auslandspreise, wird den städtischen Verkaufsstellen auf Drängen der freisinnigen Mehrheit in der Stadtverwaltung unterlag, inländisches Fleisch zur Verwertung zu bringen. Dadurch wird es den Fleischern ermöglicht, trotz des Sinkens der Schweinepreise an hohen Preisen festzuhalten. Ein freisinniger Antrag im Magistrat verlangte sogar, die städtischen Verkaufsstellen zu schließen; er wurde jedoch abgelehnt.

Als seinerzeit alle die Hilfsaktionen zur billigeren Fleischversorgung einsetzten, haben wir sie als ungenügende Palliativmitteln bezeichnet und haben damit Recht behalten. Die notwendigste Maßnahme, Drosselung der Grenzen für lebendes Vieh, wurde im Interesse der Großgrundbesitzer und Viehzüchter von der Regierung abgelehnt. Noch viel weniger ist daran zu denken, daß die Fleisch- und Viehzölle aufhebt, die der Hauptgrund zur Verteuerung der Fleischnahrung sind. Hier muß erst ein Sturm der Volkserkennung einmal gründlich dreinschlagen, wenn das Gebäude der agrarischen Wirtschaftspolitik reingeseigt werden soll.

Es ist doch auch nicht die Fleischsteuerung allein, die zum Rückgang des Fleischkonsums führt. Die Unterernährung des Volkes überhaupt wird infolge der Verteuerung aller Lebensmittel durch Zölle und indirekte Steuern auch nach anderer Richtung bemerkbar. Jede Einschränkung des Bedarfs durch Wucherpreise muß auch die Produktion ungünstig beeinflussen. So stimmt z. B. die Erfurter Handelskammer folgendes Klagebuch über den Einfluß der Teuerung in ihrem Bericht für das Jahr 1912 an:

Die Kaukraft des großen Publikums war infolge der noch immer herrschenden Teuerung wichtiger Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, beschränkt. Zugunsten höherer Aufwendungen für den notwendigen Lebensbedarf verminderte sich die Nachfrage nach entbehrlichen Bedarfsartikeln und Luxusgegenständen, und auch in der Anschaffung täglicher Gebrauchsgegenstände legte man sich größere Zurückhaltung auf; davon wurden vornehmlich die Stapelartikel getroffen, Textilergüter, Möbel, Kurzwaren, Schuhwaren, Eisenwaren, Tabakfabrikate u. a. Die Maßnahmen, welche unter dem Druck der Verhältnisse von Staats wegen zur Erleichterung der Vieh- und Fleischzufuhr getroffen wurden, waren ungenügend und konnten eine wirklich durchgreifende Besserung nicht herbeiführen. . . Wenn daher die deutsche Landwirtschaft in der nächsten Zukunft nicht in der Lage sein sollte, der ständig steigenden Bevölkerung Fleisch und Brot wieder zu billigeren Preisen zu schaffen, kann eine Zurücknahme der Einfuhrerleichterungen und Tarifermäßigungen nicht gebilligt werden, es muß vielmehr eine weitere Erleichterung insbesondere der Fleischzufuhr gefordert werden. . .

Es ist mehr als bescheiden, was die Handelskammer zur Minderung der Fleischsteuerung vorschlägt. Nach ihrer Jeremiade müßte sie gründliche Maßnahmen vorschlagen. Hier kann nur Beseitigung der Zölle und Aufhebung der Grenzsperrmaßnahmen helfen. Die Arbeiterfreikampfen können nicht warten bis zum St. Nimmerleinstage, sie müssen nach höheren Löhnen streben, um die ihnen auferlegte Unterernährung aufzuheben. Tun sie das, dann gehen gerade Handelskammern, wie die Erfurter, gegen die Gewerkschaften, durch die allein doch nur das Streben nach höheren Löhnen unterstützt und zur Durchführung gebracht werden kann.

Wer so sind sie alle. Agrarier und Fleischer; Grundbesitzer und Industrielle; Regierung und Parlament; Behörden und Handelskammern — alle, alle stehen sie gegen die Arbeiter zusammen, wenn ihnen auch die Tatsache, daß ihre eigenen gesetgeberischen, behördlichen und privaten Maßnahmen die Massen aufreizen, auf die Nägel brennt.

Der Fleischwucher ist nur ein Symptom in dem System der allgemeinen Volksauswucherung. Hier liegt das Grundübel, hier muß der Hebel zur Besserung angelegt werden. Aber es ist ja doch eine Untersuchungskommission mit Erhebungen über die Verhältnisse im Vieh- und Fleischhandel eingesetzt worden. Wird ihre Tätigkeit zu einer Besserung der Verhältnisse führen? Gerade jetzt wird über die Tätigkeit dieser Kommission offiziell folgendes berichtet:

Die Vernehmung der Sachverständigen über die Verhältnisse im Vieh- und Fleischhandel ist nunmehr beendet. Es sind im ganzen 180 Sachverständige in vier Gruppen, und zwar aus Berlin, Süddeutschland, Ost- und Westdeutschland, vernommen worden. In jeder Gruppe befanden sich Vertreter der Landwirtschaft, des Viehhandels, des Fleischgewerbes und von Gemeinden (aber nicht von Konsumenten!). Die Vernehmung jeder Gruppe hat zwei Tage in Anspruch genommen. Zwischen durch fanden durch eine Untersuchungskommission Ermittlungen über die Viehpreise vom Stall zum Viehhof auf sieben großen Viehmärkten statt. Das auf diese Weise gewonnene Material wird nunmehr im Reichsamt des Innern verarbeitet und zu einer systematischen Zusammenstellung verarbeitet. Im Herbst wird dann die Kommission noch einmal zusammen treten und sich entscheiden, ob auf Grund der gewonnenen Ergebnisse Vorschläge zur Abstellung vorhandener Mängel im Vieh- und Fleischhandel zu machen sind. Gleichzeitig wird auch ein Bericht darüber gefaßt werden, ob es angebracht erscheint, das durch die Enquete gewonnene Material zu veröffentlichen.

Sol! Und nun können die Arbeiter weiter hungern!

Reichstagsbrief.

Das Militärsystem ist noch nie einer so eingehenden und scharfen Kritik unterworfen worden, wie in dieser Reichstagsession. Schon bei der Etatsberatung setzte die sozialdemokratische Fraktion das Seziersmesser an den kulturwidrigen Militarismus, und die neue Militärvorlage gab ihr erst recht Gelegenheit, auf die Beseitigung dieses Volksunheils zu drängen. Mit einer Reihe von Anträgen ging sie ihm zu Leibe, die, da die bürgerlichen Parteien für den Bestand des stehenden Heeres eintreten, die schlimmsten Auswüchse beseitigen und eine Demokratisierung der Wehrmacht herbeiführen sollen.

Das von der Sozialdemokratie verlangte Militärsystem wird von den bürgerlichen Parteien rundweg abgelehnt, daher forderte demnächst ein sozialdemokratischer Antrag die Einführung der einjährigen Dienstzeit, im Falle der Ablehnung die Beseitigung des Einjährigfreiwilligen Systems. Genosse Schulz (Erfurt) legte noch einmal in großzügiger Rede die Grundzüge zu einer guten Jugendausbildung, über Erziehung zur Wehrhaftigkeit vor und bewies, wie die eventuelle Verteilung des Vaterlandes viel besser erfolgen könnte, durch eine freie, gut herangebildete Nation, als durch ein gedrücktes, willenloses Heer. Andere Redner wiesen dann auf die Vorteile der einjährigen Dienstzeit für die Volkswirtschaft hin, aber alles war vergebens — Regierung und Bürgerliche betrachteten das stehende Heer als Hauptmachtmittel für ihre Herrschaft und halten krampfhaft an den alten Zuständen fest, bis sie eines Tages doch zusammenbrechen müssen.

Beide Anträge wurden abgelehnt. Dann begründete Genosse Stüden den Antrag, daß Soldaten nicht zu häuslichen Diensten und Leistungen verwendet werden dürfen. Das Burtschwenken ist ebenfalls ein Beweis für die Unfähigkeit des Drills und der zweijährigen Dienstzeit. Obendrein werden die Offiziersburschen durch eine unter Offizieren verbreitete Anweisung zu geradezu lächerlichen Dienstleistungen angehalten. Stüden verlas unter großer Bewegung Teile dieser Anweisung, die nur ein Beweis für die Verlotterung des ganzen Systems ist. Aber auch dieser Antrag wurde nach einer beschämenden Verteilung des Burtschwenkes durch die militärischen Regierungskommissare abgelehnt. Eine Resolution der Fortschrittler, das Burtschwenken einzuschränken, wurde jedoch angenommen.

Weiter beantragten die Sozialdemokraten, die Garde abzuschaffen, d. h. das Privileg, das die Garde zu einer Elitegarde stempelt, zu beseitigen. Genosse Lensch begründete das sachverständig. Die Garde diene der Soldatenspielerlei und sei daher nur ein Feigenblatt des Absolutismus. Ganz abgesehen von ihrer Schwerfälligkeit, ja Unbrauchbarkeit im Ernstfalle. Es gab schwere Zusammenstöße zwischen den sozialdemokratischen Rednern und dem Kriegsminister bei dieser Frage, zumal der letztere einen wahren Hymnus auf die Garde anstimmte. Das veranlaßte unsere Redner, auf die vor mehreren Jahren aufgedeckte Korruption in der Garde hinzuweisen, wobei der geschlechtliche Mißbrauch der Soldaten skandalös hervortrat.

Der Kriegsminister versteckte sich bei den Angriffen hinter die Kommandogewalt des Kaisers, die durch solche Anträge angegriffen werde. Diese Kommandogewalt ist jedoch ebenfalls nur ein Symptom des Absolutismus; aber ihr Verteidiger ist ja auch ein Anhänger absolutistischer Regierungen. — Auch dieser sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, dagegen eine schwache Resolution der Fortschrittler, die eine Einschränkung der Mobilisierung bestimmter Truppenteile wünscht, angenommen.

Dann wurde bei einem sozialdemokratischen Antrag scharf gekämpft, der die Gewährleistung der Freiheit der religiösen und politischen Gesinnung der Heeresangehörigen verlangte. Die Befreiung dieser Gesinnung dürfe nicht der militärischen Disziplin unterliegen. Die Gegner, Konservern und Nationalliberale waren ans dem Täuschern geraten ob dieser Forderung. Ihre Redner meinten, die Sozialdemokratie wolle das Heer zum Lummelplatz politischer Agitation machen, vergaßen dabei aber ganz und gar, daß reaktionäre Beeinflussung des Heeres durch allseitige Ansprachen, Befehle und Verordnungen darnach geschieht. Außerdem muß die politische Bergewaltigung die Dienstfreudigkeit zerstören. Doch das alles ist für die Mühsal des stehenden Heeres kein Grund, verbessernde Änderungen herbeizuführen.

Die Genossen Seine und Vogtler legten in eindringlichen Reden die Mißstände bloß, die in dieser Bergewaltigung und Verdummung des Heeres liegen, doch der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt.

Von großer wirtschaftlicher Bedeutung war der weitere sozialdemokratische Antrag:

„Die militärische Sperre (das Militärverbot) darf gegen Gewerbetreibende oder Angehörige anderer Berufe wegen Zugehörigkeit zu einer Partei oder Religionsgemeinschaft oder wegen Hergabe von Räumlichkeiten zu Veranstaltungen einer Partei, eines Vereins oder einer Gewerkschaft nicht verhängt werden.“

Den Betroffenen steht gegen jede an dem Erlaß oder der Durchführung des Militärverbots beteiligte Behörde oder Person Klage auf Unterlassung und Schadenersatz bei den ordentlichen Gerichten zu.“

Ueber denselben Gegenstand lag folgende Resolution der Kommission vor:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß seitens der Militärverwaltung Soldaten der Wehr einer Männlichkeit nicht verboten werden darf, weil der Inhaber eine bestimmte politische Ueberzeugung hat oder Angehöriger einer politischen Partei seine Räume zur Verfügung stellt, es sei denn in der Zeit, in der politische Versammlungen in dem Anwesen abgehalten werden.“

Eine Fülle gravierender Material wurde von den Genossen Frank und Weirotes dazu vorgebracht. Der Militärboykott ist ein Mißbrauch exekutiver Macht, die einseitig gegen oppositionelle Parteibestrebungen sich richtet und schwere wirtschaftliche Schäden mit sich bringt. Zwar ist er z. B. in Sachsen etwas eingebämmt worden, aber in anderen Bezirken des Reichs wird er rücksichtslos betrieben. Die Herren vom Kriegsministerium suchten das zu leugnen und wollten den Boykott hauptsächlich als nur gegen die Sozialdemokratie gerichtet gelten lassen. Aber das beweist ja doch nur, welcher Mißbrauch militärischer Macht der Boykott ist.

Der sozialdemokratische Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 201 gegen 127 Stimmen abgelehnt, die oben bezeichnete Resolution dagegen mit 196 gegen 100 Stimmen angenommen.

Genosse Bernstein begründete dann einen sozialdemokratischen Antrag, daß die Beförderung im Heere nur von der persönlichen Tüchtigkeit abhängen soll, worauf es eine heftige Antisemitendebatte gab, bei der sich der Abg. Werner (Sachsen) riefig blamierte. Natürlich wurde auch dieser ganz selbstverständlicher Antrag abgelehnt.

Dann forderten die Sozialdemokraten in einem Antrage Beseitigung des Mißbrauchs von Soldaten zu politischen und wirtschaftlichen Zwecken. Die Genossen Liebknecht und Sachse geißelten die Verwendung von Soldaten zu Streikbrechern. Hier zeigt es sich deutlich, daß das Heer den herrschenden Klassen zu ihren wirtschaftlichen Zwecken dienen muß. Aber, so himmelschreiend dieser Mißbrauch ist — keine der bürgerlichen Parteien nimmt Anstoß daran. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, obwohl die Reden unserer Genossen eine Brandmarkung des ganzen herrschenden Systems unternahmen und von großem agitatorischem Wert sind.

Weiter begründete Genosse Stadthagen einige Anträge auf Reform der Militärjustiz. Der strenge Arrest und andere Barbareien gegen Heerespflichtige sollen dadurch beseitigt werden. Aber auch hierin halten die Bewußten der Militärvorlage an den überkommenen Zuständen fest. Der Kriegsminister verstellte sich auch hier auf die Erhaltung des bisherigen Zustandes. Die strenge Abweisung jeder Aenderung forderte die Kritik provokatorisch heraus, so daß die Genossen Peus, Stadthagen sich zu eingehenden Erwiderungen genötigt sahen. Nur die Fortschrittler traten noch für eine Reform der Militärjustiz ein. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt.

Den letzten Beratungsgegenstand der Woche bildete ein sozialdemokratischer Antrag auf Unterstützung des Arbeiterturnunterrichts. Genosse Heine begründete eingehend den Antrag, während die Christlichsozialen dagegen den Antrag stellten, nur die „nationalen“ Turnvereine zu unterstützen. Die Debatte gestaltete sich zu einer scharfen Charakterisierung der Polizeieingriffe gegen die Arbeiterturnvereine, doch wurde die Abstimmung wegen Beschluffähigkeit vertagt.

Die zweite Lesung der Wehrvorlage wird also nächste Woche fortgesetzt.

Rundschau.

Keine Unterstützung für die Arbeitslosen. Nach der Breslauer Arbeitslosenversammlung am 29. Mai, die von etwa 2000 Arbeitslosen besucht war, haben die Vorstände der freien Gewerkschaften gemeinschaftlich mit den kirchlich-dummerschen Gewerkschaften und den christlichen Gewerkschaften an den Magistrat die Bitte gerichtet, recht bald etwas gegen die Not der Arbeitslosen zu tun. Darauf ist folgendes Schreiben vom 6. Juni eingegangen: „Wir sind nicht in der Lage, die beantragte Unterstützung zu bewilligen. Dagegen schweben bei uns bereits Erwägungen darüber, wie durch möglichst schleunige Inangriffnahme neuer städtischer Arbeiten dem bestehenden Arbeitsmangel abgeholfen werden kann.“

(gez.) Trentin. Paris.

Das ist ein schädlicher Trost für die dachenden Arbeitslosen. Für die Jubiläumfeierlichkeiten hat man in Breslau große Geldsummen zur Verfügung gestellt. Für arbeitslose Familienwörter hat man nichts übrig. Die Arbeiter werden sich das merken.

Militärvermehrung der Ortskrankenkassen. Der Bund liberaler Partei gewandt zu haben mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß den Militärärzten eine größere Anzahl von Beamtenstellen vorbehalten bleibt. Der Vorstand des Nationalliberalen Vereins in Leipzig wendet sich nun auch bereits

mit einer Eingabe an den Reichstag, in der er empfiehlt, bei den Regiments- und Bataillonskammern und bei den Bekleidungsämtern statt aktiver Unteroffiziere Militärärzte zu verwenden. Außerdem wird empfohlen, man solle den Militärärzten Schank- und Lotteriekonzessionen erteilen. Auf letzteres wird die Regierung nicht eingehen, denn die Lotteriekonzessionen sind inaktiven Offizieren vorbehalten. Die Nationalliberalen finden nun wieder einen weiteren Ausweg, indem sie darauf hinweisen, daß es sich empfehle, darauf zu bringen, daß immer mehr Militärärzte in den Ortskrankenkassen angestellt werden. Zu diesem Verufe bringen sie angeblich sehr wertvolle Eigenschaften mit, nämlich „ehrenhafte Gesinnung und vaterländischen Sinn“. Daß man damit allein noch nicht in der Lage ist eine Beamtenstellung in einer Ortskrankenkasse anzufüllen, sondern daß dazu noch mehr gehört, das leuchtet den Nationalliberalen natürlich nicht ein. Sie gehen aber in ihren Forderungen noch weiter, denn in der Eingabe wird verlangt: Sobald wie möglich müßte in der Reichsversicherungsordnung zwingendes Recht nach der Richtung geschaffen werden, daß den Militärärzten die Hälfte der Stellen vorbehalten bleiben müsse.

Gegen dieses Unterfangen kann nicht rasch und nicht scharf genug protestiert werden. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung ist der Versuch gemacht worden, die Ortskrankenkassen zu einer Zufluchtsstätte für nicht mehr brauchbare Feldwebel zu machen. Dieser Versuch ist damals abgewehrt worden. Und nun glauben die Nationalliberalen auf Umwegen das Erreichte zu können, was damals vermieden wurde. Wie wäre es, wenn die Nationalliberalen ihre Parteisekretärstellen mit Militärärzten besetzen würden? Ehrenhafte Gesinnung, Disziplin und vaterländischen Sinn dürften zur Ausfüllung dieser Posten schließlich vollauf genügen. Wenn aber die Nationalliberalen selbst für ihre Parteibecken keine Militärärzte brauchen können, dann sollen sie nicht verlangen, daß zu dem ungleich schwereren Dienst in den Ortskrankenkassen Militärärzte in vermehrtem Maße zugelassen werden sollen. Denn das Strammstehen kann man den Kranken nicht zumuten, und ihre „schlappe Haltung“ müßte einen rechten Feldwebel zur Kaserei treiben.

Der Papst gegen die christlichen Gewerkschaften. Zu den Meldungen über einen bevorstehenden neuen Vorstoß der römischen Kurie gegen die christlichen Gewerkschaften erfahren wir aus führenden Kreisen der Kölner Richtung, daß letztere schon länger hiervon Kenntnis hatten. Mehrere Abgesandte der Berliner Richtung waren während der letzten Krankheit des Papstes in Rom krampfhaft bemüht, einen weiteren Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften herbeizuführen. In vatikanischen Kreisen wurden diese Bestrebungen angesichts der schweren Erkrankung des Papstes als pietätlose Aufdringlichkeit aufgefaßt, womit indessen nicht gesagt sein soll, daß die Berliner Richtung in Rom in Ungnade gefallen wäre oder daß die Ideen der Berliner Richtung an Sympathie verloren hätten. Die Berliner Treibereien haben jedoch die Wirkung gehabt, daß man nun in vatikanischen Kreisen zu der Erkenntnis gekommen ist, daß mit der letzten Enghirlla den christlichen Gewerkschaften nicht beizukommen und mit den konfessionellen Fesseln eine Unterdrückung der christlichen Gewerkschaften in Deutschland nicht zu erreichen ist. Deshalb will man diese jetzt an ihrer empfindlichsten Stelle, der Streikfrage, treffen. Wie aus den an der Gewerkschaftsfrage interessierten Kreisen berichtet wird, sieht man den zu erwartenden Schritten Roms mit der größten Seelenruhe entgegen.

Weiterer Niedergang des Fleischkonsums! Unter der drückenden Last der hohen Preise und der verschlechterten Wirtschaftslage ist der Konsum von Fleisch weiter zurückgegangen. Das beweisen die Ziffern über den Marktverbrauch an den 40 bedeutendsten Schlachthofmärkten im Monat Mai. Es wurden den Schlachthöfen zugeführt:

	1912	1913
Rinder	66 263	63 766
Ämmer	129 654	116 246
Schafe	61 108	58 458
Schweine	368 710	417 530

Nur bei Schweinen ergibt sich eine Zunahme. Der Rückgang bei Rälbern macht fast 11 Prozent aus. — Angesichts dieser Entwicklung klingt es wie Hohn, wenn das Agrarblatt „Deutsche Tageszeitung“ mit offenkundiger Bosheit eine Ausladung der Handelskammer in Minden kolportiert, nach welcher der Fleischverbrauch Deutschlands ganz bedeutend gestiegen ist. Er übertriffe sogar den Englands. — In der Handelskammer Minden muß ein pugiger — Volkswirt sein Wesen treiben. In der von der „Deutschen Tageszeitung“ zitierten unmaßgeblichen Meinung der Mindener Handelskammer heißt es weiter: „Es ist deshalb völlig irrig, von einer Fleischnot zu sprechen und Maßnahmen wie die Einfuhr von Gefrierfleisch oder die Aufhebung der Viehzölle zu fordern, die nur geeignet sein könnten, die notwendige Versorgung des deutlichen Marktes durch unsere Landwirtschaft zu beeinträchtigen.“ Jenseits der Marktversorgung beeinträchtigt würde, wenn man die Grenzen öffnete und die Zölle ermäßigte, ist auch ein agrarischer Geheimnis. Sicher weiß man nur, daß alles darauf hinausläuft, dem deutschen Volke das nationale Schwein recht teuer, teuer in des Wortes übelfter Bedeutung zu halten.

Vom Ausfuhrprämienandal! Schon im vergangenen Jahre wurden in Russland Forderungen laut, die Maßnahmen gegen die Einfuhr von Roggen aus Deutschland verlangten. Man erlebte nämlich das eigenartige Schauspiel, daß aus Deutschland große Mengen in das Roggenland Rußland gebracht wurden, die hier die Preise drückten. Das war nur möglich, infolge unseres bekannnten Ausfuhrsystems. Für jede aus Deutschland nach dem Auslande gebrachte Tonne Roggen erhalten unsere Exporteure aus der Reichskasse eine Prämie in Höhe von 50 M. Für die Inlandskonumenten, die die Ausfuhrprämie in Gestalt von Zöllen aufbringen müssen, wird diese

Steuer zu einem Hebel, der den Inlandspreis wachstig hinaufdrückt. Je mehr Roggen, dessen Einfuhr der bestehende Zoll erschwert, ins Ausland geworfen wird, je mehr Ausfuhrprämien das Volk aufbringen muß, umso mehr schwächt auch das Angebot auf dem Inlandsmarkt ab und die Preise steigen. Nun haben sich die Verhältnisse in diesem Jahre noch weiter zuungunsten der inländischen Verbraucher verschlechtert. Es betrug nämlich die Ausfuhr in den ersten vier Monaten der Jahre:

Jahr	Roggen	1912	Roggen	1913	
1912	Roggen	2 502 207 D.	1912	Roggen	2 830 800 D.
1912	Roggenmehl	360 297	1913	Roggenmehl	682 082

Diese gewaltige Ausfuhrleistung macht sich natürlich auch in der Höhe der Ausfuhrprämien bemerkbar. Sie ergaben für die ersten vier Monate der Jahre:

1911	88 867 230 M.
1912	41 804 298
1913	81 173 070

Diese Entwicklung der Dinge hat nun wieder mächtig Anstoß verschafft. Man will ihr durch Einführung von entsprechenden Zöllen auch in Finnland begegnen. Eine Delegationskonferenz wirtschaftlicher Körperschaften beschäftigte sich mit der Frage von Maßnahmen zur Verhinderung ausländischer Getreidezufuhr nach Finnland. Die meisten Teilnehmer vertraten den Standpunkt, daß die Einfuhr besonderer Höhe auf das nach Finnland importierte Getreide und Mehl ohne Rücksicht auf Deutschland jederzeit gesehen könne, da nur für eine allgemeine Abänderung des finnländischen Zolltarifes die im geltenden Handelsvertrage vereinbarte vorläufige Benachteiligung Deutschlands mit längerer Anlagensfrist obligatorisch sei. Diese Mitteilung löst in Deutschland auf Widerspruch. Jene Maßnahme soll mit den getroffenen Vereinbarungen nicht im Einklang stehen. Der Streit darüber wäre Deutschland erspart, hätte man mit dem Standbösen Einfuhrschranken nach den Forderungen der Sozialdemokratie ausgedrückt. Die Agrarier allerdings wollen es lieber auf einen Zollkrieg ankommen lassen. Dabel würde ihr Weigen blühen, dem Volke aber der Brotkorb noch höher gezogen werden. Das sind die Segnungen unserer glorreichen nationalen Wirtschaftspolitik nach ultranational-nationalliberal-konservertem Rezepten!

Kindersorge. In Frankfurt a. M. haben Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschlossen, zur Ferienfürsorge der Kinder der Volkschulen 10 000 M zu bewilligen. Kinder, die keine Gelegenheit haben, während der Ferien die Großstadt zu verlassen, und deren Eltern sie auch nicht ins Freie führen können, sollen unter Aufsicht von Lehrern und anderen Erwachsenen auf Spielplätze und in den Wald geführt werden. Es werden Ferienpaßgänge für halbe und ganze Tage eingerichtet. Die Kosten, einschließlich der für einfache Verpflegung, sollen durch die 12 000 M gedeckt werden. Die Arbeiten werden von den Vereinigungen, die sich zur Mitarbeit gemeldet haben, ausgeführt. Auch die von der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften ins Leben gerufene Kinder-Schutzkommission ist dabei. Zwei ihrer Mitglieder sind in die Ausschusskommission für Ferienpaßgänge berufen worden. Unsere Kinderbeschützungsmission hatte schon in den früheren Jahren Ferienpaßgänge eingerichtet. Ihrer Tätigkeit und den Entwürfen anderer Gewässer für Stadtverordnetenkollegium ist die Übernahme der Ferienpaßgänge auf die Stadt zu danken. Neben dieser Form des Kinderschutzes ist auf Antrag unserer Genossen von der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat außerdem eine Kommission eingesetzt, welche die Kinder in ihrer schulpflichtigen Zeit überwachen und die gemeinliche Beschäftigung der Kinder kontrollieren soll.

Berichte.

Megauß. Am 8. Juni fand hier eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Stellungnahme zum Verbandsrat und Aufstellung eines Kandidaten; 2. Abrechnung vom Vorjahr; 3. Parteivertrag; 4. Vorstandswahl und Verschlebung. Zu Punkt 1 erhielt Kandidat Bismont das Wort. Selbiger behauptete die Lage der Labalarbeiter, sowie die beantragten Statutenänderungen. Nach den alten Statuten könne es nicht mehr weiter gehen, da sonst zu Kampfeswegen überhaupt nichts übrig bleibt. Deshalb mache sich eine Statutenänderung notwendig. Die neuen Statuten müßten so ausgearbeitet werden, daß sie mehrere Jahre seiner Aenderung bedürften. Folgender Antrag wurde angenommen: Die achtstellige Kassenzahl zu streichen und dafür die dreistellige zu setzen, ohne Erhöhung der Beiträge. Als Delegierter zum Verbandstag wurde für Megauß Kollege Großmann in Vorschlag gebracht. Sodann verlas Kollege Drey die Abrechnung vom Vorjahr, welches eine Einnahme von 26 M und eine Ausgabe von 24 M 84 Pf. ergab, also ein Defizit von 2 M 84 Pf. Dieses wird aus der Kassenkasse gedeckt. Einen ausführlichen Rechenschaft gab die Kollege Bernert und Wöhner. Als erster Vorstands wurde Kollege Großmann einstimmig gewählt. Anwesend waren 39 Mitglieder.

Seiffenensdorf. Die am 14. Juni tagende Mitgliederversammlung war erfruchtend gut besucht, hätte jedoch der Wichtigkeit halber besseren Besuch verdient. Nachdem der erste Bevollmächtigte Kollege Emil Postmann den Anwesenden die Anträge des Vorstandes eingehend erläuterte und mit den Unterstützungsfragen im alten Statut Vergleiche angestellt hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung ersucht sich entschlossen gegen jede Beitragserschöpfung, erkennt eine Reduzierung der Unterstützungsfrage an und erwartet von dem Verbandstag im Interesse der Mitglieder, derselben Mitgliederliste eine mögliche Herabsetzung der Leistungen.“ Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, dementsprechend Anträge zu formulieren. Als Kandidat zum Verbandstag wurde Kollege Emil Postmann vorgeschlagen. Der Sommerausflug findet am 10. August nach dem Jüdisberg in Böhmen statt.

Wuzen. In der am 18. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Kandidat Wenzel Dresden über den Verbandstag zu Seiffenensdorf und die vorgeschlagene Erwerbslosenunterstützung. In der Diskussion betonte Kollege Weegen, daß die Situation im Gewerbe erfordere, daß weitgreifende Reformen im Unterstützungsweisen des Verbandes eingetret werden müssen, denn für Lohnkämpfe müßten wir unter allen Umständen größere Mittel zur Verfügung haben. Daher wird der Verbandstag mögliche Mittel zur Verfügung des Vorstandes im großen und ganzen zuzulassen müssen. Sowie Aenderungen geboten erscheinen, müssen die Delegierten gewiß imstande sein, das Richtige zu finden, so daß er vorliegende keine Anträge zum Verbandstag zu stellen. Kollege Dreißig hält die vorgeschlagene Beitragserschöpfung für geeignet, Mitgliederverluste herbeizuführen, dagegen müsse eine Kassenzeit von einer Woche beim Bezüge von Unterstützung beschloffen werden. Kollege Fischer betont, daß die Beitragserschöpfung doch wohl nötig sei. Umgang nötig ist die Verminderung der Beiträge. Ferner müßte versucht werden

Unsere Internationale.

Die Anfänge unserer heutigen Gewerkschaften finden wir bekanntlich recht früh, sie reichen in manchen Ländern bis in die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts zurück. Zu festen internationalen Verbänden ist man aber so bald nicht gekommen. Die industrielle Entwicklung, die Ausdehnung der Handelsbeziehungen löste bei den Arbeitern schließlich doch das Verständnis für ein internationales Zusammengehen aus. Die Tabakarbeiter kamen verhältnismäßig früh zur internationalen Verständigung.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß bereits in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Tabakarbeiter von Nachbarländern sich gelegentlich verständigten. Durch das Hin- und Herwandern der Kollegen war man miteinander bekannt geworden und sich näher gekannt. Meistens dürfte diese Verständigung lokaler Natur gewesen sein. Wahrscheinlich ist auch, daß hin und wieder eine Streikunterstützung ins Ausland ging, oder daher kam.

Internationale Vereinbarungen lassen sich nicht von heute auf morgen schaffen. Die Organisationen der Länder und ihre Einrichtungen waren und sind so verschieden, daß sich Gleichmäßiges nicht leicht formen läßt. Immerhin hat man eingesehen, daß in allen Ländern kapitalistische Produktionsverhältnisse sind, und das mußte auch den internationalen Zusammenschluß der Tabakarbeiter fördern.

Im Jahre 1871 lud die Londoner Cigar-Matters-Mutual-Association zu einer Konferenz aller Zigarrenarbeiter-Organisationen ein. Im Dezember desselben Jahres fand in London die erste internationale Zusammenkunft statt. Vertreter waren fünf englische, holländische und einige belgische lokale Vereine. Deutschland hatte bereits eine Zentralorganisation, die ebenfalls vertreten war. Nach der Einladung sollten folgende Fragen behandelt werden: 1. Ob der gegenwärtige Stand der Zigarrenfabrikation die Errichtung einer internationalen Zigarrenarbeiterassoziation nötig mache? 2. Gesezt, daß eine internationale Zigarrenarbeiterassoziation nötig ist, was sollen die Prinzipien sein, nach welchen Statuten kann sie geleitet werden? 3. Können die verschiedenen Gewerkschaften der Zigarrenarbeiter in England mit Nutzen für sich und das Gewerbe im allgemeinen enger verbündet werden und, wenn dies der Fall, unter welchen Bedingungen könnte eine solche Vereinigung am besten hergestellt werden? 4. Ist es möglich, eine Einigung im Zweck und Handeln der Zigarrenarbeiter und der anderen Zweige der Tabakfabrikation zum Wohle aller herzustellen und, wenn möglich, wie ist eine solche Vereinigung am besten zu erlangen?

So umständlich diese Tagesordnung auch formuliert ist, so ist sie doch ein Programm. Und da dieses Programm auch heute noch nicht überall durchgeführt ist, mag der Abdruck des historischen Dokuments an dieser Stelle nicht unwichtig sein.

Sicher ist, daß auf diesem Kongress ein internationaler Zusammenschluß der Tabakarbeiter vollzogen wurde, denn wir wissen, daß der deutsche Tabakarbeiterverein am 1. Juli 1872 der internationalen Vereinigung beitrug, deren Zweck es war, sich gegenseitig zu unterstützen in den Bestrebungen, die Lebenshaltung der Tabakarbeiter in moralischer und materieller Hinsicht zu heben. Zum Eintritt waren alle jene Vereine der Zigarrenarbeiter, Tabakspinner, Sortierer, Jurichter und Tabakschneider berechtigt, deren Hauptzweck die Unterstützung bei Arbeitseinstellungen war. Der Beitrag sollte für jedes angeschlossene Mitglied jährlich einen Penny betragen.

Schon im Oktober 1872 fand der zweite Kongress dieser Organisation, und zwar in Amsterdam statt. Leider ist kein Material über die Beschlüsse zu erlangen, wie uns überhaupt von der weiteren Wirksamkeit dieser ersten internationalen Tabakarbeitervereinigung und ihrem Ende nichts bekannt ist. Bis 1890 hören wir von einem internationalen Zusammenwirken der Tabakarbeiter nichts wieder. Es wäre dringend zu wünschen, vorhandenes Material aus jener Zeit, wenigstens leihweise, an das Internationale Sekretariat zu senden, oder persönliche Erinnerungen dahin mitzuteilen.

Ohne Zweifel ist dieser internationale Bund seinen Aufgaben gerecht geworden, wie es den Verhältnissen jener Zeit entsprach. So wurde 1872 der Berliner Streik durch ausländische Bruderorganisationen, besonders englische, unterstützt, und auch für etwa tausend streikende Kollegen in Holland wurden 1873 Gelder aus Belgien, England und Deutschland geschickt.

Im Oktober 1890 — in Deutschland war inzwischen die Organisation durch das Sozialistengesetz vernichtet worden, aber wieder erkanden — traten in Antwerpen die Tabakarbeiter wieder zu einer internationalen Verständigung zusammen. Vertreten waren Belgien, Holland, England und Deutschland. Hier wie auch auf allen späteren Kongressen sah man in dem Erfassen der Verhältnisse in den Ländern und Organisationen eine wichtige Aufgabe. Beschlossen wurde die Gründung eines internationalen Streikfonds, zu dem jede angeschlossene Organisation pro Kopf einen festen Beitrag zu zahlen hatte. Zur Förderung der Richterstattung wurde ein internationales Komitee eingesetzt und die angeschlossenen Länder wählten Vertrauensmänner.

Der nun als 2. bezeichnete Internationale Kongress tagte im Oktober 1892 zu Amsterdam. Vertreten waren Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland und die Schweiz. Trotz laufender Ausgaben war bereits ein Kassenbestand von 5500 Fr. vorhanden. Zum erstenmal wurde die Frage internationaler Regelung

der Reiseunterstützung behandelt. Die internationale Streikunterstützung in der Weise aufzubauen, daß bei Streiks die angeschlossenen Mitglieder Ertragsbeiträge leisten sollten, wurde verworfen. In einer Resolution empfahl der Kongress die Verschmelzung aller Branchenorganisationen.

Der zu Basel im August 1894 abgehaltene 3. Internationale Tabakarbeiterkongress war besetzt von Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Deutschland und der Schweiz. Die wichtige Frage der Neutralität der Gewerkschaften wurde eingehend beraten. Der Kongress erkennt die selbständige Aktion der Gewerkschaften an, hält sie jedoch für einen integrierenden Teil der Klassenbewegung, von der sozialistische Idee getragenen Arbeiterbewegung. Verhandelt wurde auch über die Fortführung der Arbeitszeit, Beseitigung der Heimarbeit und des Akkordlohnsystems in der Tabakindustrie. Bezüglich des Streikfonds wurde beschlossen, daß erst nach einjähriger Zugehörigkeit zur Internationale unterstützt werden durfte, und dann erst, wenn mindestens 10 Prozent der Mitglieder im Kampf waren. Die Streikunterstützung ist auf fast allen internationalen Kongressen der Stein des Anstoßes gewesen.

Auf dem 1896 in London stattgefundenen Kongress waren auch die Engländer wieder vertreten, die sich wegen der hohen Streikfondsbeiträge zurückgezogen hatten. Dieser Beitrag wurde auf 5 % pro Jahr und angeschlossenes Mitglied ermäßigt. Der Kongress knüpfte das Band wesentlich enger um die Länder durch einen für die Praxis wichtigen Beschluß, indem die halbjährliche Mitgliedschaft einer Landesorganisation zum sofortigen Bezug der Reiseunterstützung überall berechtigte.

Im September 1900 wurde in Paris ein Kongress abgehalten, auf dem vertreten waren: Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg und Dänemark. Der deutsche Delegierte war verhindert. Die Schweiz hatte nicht mehr gezahlt und war nicht geladen. Auch hier drehte es sich in der Hauptsache um den Streikfonds. Teils wurde der Zahlungsmodus, teils der Unterstützungsmodus zu ändern verlangt. Man wollte eine gerechtere Verteilung von Leistung und Gegenleistung. England ließ sich auf nichts ein und drohte mit dem Rücktritt. Zu einer positiven Entscheidung kam es nicht.

Am 6. August 1904 in Amsterdam der 6. Kongress stattfand, war die französische Organisation bereits wieder zurückgetreten. Belgien, Holland, Luxemburg, England, Dänemark, Schweden und Deutschland ließen sich vertreten. Die amerikanische Organisation stellte ihren Beitritt schriftlich in Aussicht. Leider ist er noch nicht zur Tatsache geworden. Die internationale Streikunterstützung wurde in der Weise eingeschränkt, daß in der Hauptsache die Landesorganisationen ihre Streiks selbst unterstützen sollten. Energisch wurde der Pflege der Statistik in bezug auf die soziale Lage der Tabakarbeiter das Wort geredet. Das Komitee wurde damit betraut. Eine Resolution empfiehlt den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen betr. Krankenunterstützung. Auch die Lehrlingsfrage wird besprochen. Der Bund heißt von jetzt ab: Internationaler Verband der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen.

Mit Ausnahme von Luxemburg, das sich dem Deutschen Tabakarbeiterverband inzwischen angeschlossen hat, sind auf dem Kongress zu Stuttgart 1907 dieselben Länder wie in Amsterdam, sowie die Schweiz und Oesterreich vertreten, jedoch sind letztere beiden Länder der Internationale nicht angeschlossen. Auch dieser Kongress legte großen Wert auf die internationale Richterstattung. Der engere Zusammenschluß wird wesentlich gefördert durch den Beschluß, daß die Landesorganisationen aus dem Ausland zugereiste Mitglieder ohne Eintrittsgeld aufzunehmen haben. Die Landesorganisationen verpflichten sich, event. Gegenseitigkeitsverträge in bezug auf die Unterstützung der Mitglieder bei Streiks, Maßregelungen und Rechtsschutz, sowie bei Krankheits- und Sterbefällen abzuschließen. Zum erstenmal wird auch die Frage der internationalen Reiselegitimation behandelt. Wichtig und durchaus beachtenswert war, daß der Kongress den Zusammenschluß der gesamten Tabakarbeiter eines Landes zu einer Organisation als einzig zweckdienlich forderte.

Am dem 8. Internationalen Tabakarbeiterkongress zu Kopenhagen, August 1910, beteiligten sich Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, England, Deutschland und Bulgarien, das sich vorher der Internationale angeschlossen hatte. Der Sitz des Sekretariats, den bisher Belgien hatte, wird nach Deutschland verlegt. Das von einigen Organisationen gezahlte Auslandsreisegeld wird abzuschaffen empfohlen; dagegen soll ein allgemein gültiges Wanderbuch und ein Reglement über Auszahlung und gegenseitige Verrechnung der Wanderunterstützung entworfen werden. Auch dieser Kongress fordert die Einigung und Stärkung der Landesorganisationen.

Nur das allerwichtigste ist herausgegriffen. Und doch ist aus dieser kurzen chronologischen Wiedergabe die steigende Bedeutung des Internationalen Tabakarbeiterverbandes zu ersehen. Der Zusammenschluß ist enger, verbindlicher geworden; es hat sich ein festes Gefüge herausgebildet. Man ist bemüht gewesen, die praktischen Erfahrungen nutzbar zu machen und Zweckmäßiges zu schaffen. Immer mehr ist auf die soziale Lage der Tabakarbeiter zurückgegriffen und deren Hebung als erstrebenswertestes Ziel betrachtet worden. Es würde sich verlohnen, die einzelnen Fragen, wie z. B. Stellung der Internationale zu den Streiks, zu den mancherlei Unterstützungsfragen, und nicht zuletzt die Stellung der verschiedenen Länder zur Internationale selbst, zu besprechen. Aber schon diese gedrängten Angaben beweisen die Notwendigkeit internationaler

Beziehungen unter den Tabakarbeitern. Landesorganisation und Internationale bedürfen einander.

(Aus der internationalen Tabakarbeiter-Kundschau.)

Die Klage vor dem Gewerbegericht.

Für die Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitern einerseits und ihren Arbeitgebern andererseits sowie zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers können Gewerbegerichte errichtet werden. Für Gemeinden, welche nach der letzten Volkszählung mehr als 20 000 Einwohner haben, muß ein Gewerbegericht bestehen.

Auch Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende unterstehen den Gewerbegerichten, sofern die Beschäftigung auf die Bearbeitung oder Verarbeitung der den Arbeitern von den Arbeitgebern gelieferten Rohstoffe oder Halbfabrikate beschränkt ist. Das gleiche gilt für Klagen über die Ansprüche, welche auf Grund der Uebernahme einer gemeinsamen Arbeit von Hausgewerbetreibenden desselben Arbeitgebers gegeneinander erhoben werden.

Nicht zuständig ist das Gewerbegericht für die bei Zünngemeinschaften beschäftigten Arbeiter.

Beim Gewerbegericht fungieren als Richter Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Zahl, unter einem Vorsitzenden, der weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein darf.

Die Klage ist bei demjenigen Gewerbegericht einzureichen, in dessen Bezirk die strittige Verpflichtung zu erfüllen ist oder sich die gewerbliche Niederlassung des Arbeitgebers befindet oder beide Parteien ihren Wohnsitz haben. Die Klage muß enthalten: Die Bezeichnung der Parteien und des Gerichts, die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des Anspruches, sowie einen bestimmten Antrag.

Zunächst wird ein Sühnetermin anberaumt. Der Vorsitzende hat einen möglichst nahen Termin zur Verhandlung anzusetzen. Derjenige hat bei der Verhandlung den Beweis für eine Behauptung zu erbringen, der dieselbe aufstellt. Wird eine Behauptung bestritten und kann der Beweis der Wahrheit für diese Behauptung durch Zeugen nicht erbracht werden, so entscheidet der Eid.

Erscheint der Kläger im Verhandlungstermin nicht, so ist auf Antrag des Beklagten das Veräumnisurteil dahin zu erlassen, daß der Kläger mit der Klage abzuweisen sei. Erscheint der Beklagte nicht und beantragt der Kläger das Veräumnisurteil, so werden die in der Klage behaupteten Tatsachen als zugestanden angenommen.

Gegen ein Veräumnisurteil kann binnen einer Monatsfrist von drei Tagen seit der an sie bewirkten Zustellung des Urteils Einspruch erhoben werden. Nach Einlegung des Einspruchs ist ein neuer Verhandlungstermin anzuberaumen. Erscheint derjenige, welcher den Einspruch einlegte, auch im neuen Termin nicht, so gilt der Einspruch als zurückgenommen.

Dem Vorsitzenden allein steht das Recht zu, das persönliche Erscheinen der Parteien anzuordnen und bei Zuwiderhandlung eine Geldstrafe bis 100 M zu verhängen. Die Weisiger können während der Verhandlung Fragen stellen.

Das Gewerbegericht entscheidet erdgültig. Berufung gegen ein Urteil kann nur eingelegt werden, wenn der Streitgegenstand (ohne Zinsen) 100 M übersteigt. — Berufungsinstanz ist das Landgericht.

Die Berufungsfrist beträgt einen Monat. Die Urteile der Gewerbegerichte sind vorläufig vollstreckbar. Unbemittelte können sich vom Gerichtsvorziehenden das Armenrecht erteilen und einen Gerichtsvollzieher zur unentgeltlichen Vollstreckung beordnen lassen.

Rechtsanwälte und Personen, welche das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, werden als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbegericht nicht zugelassen. Als Parteien oder gesetzliche Vertreter sind auch diese Personen nicht ausgeschlossen.

Die Gerichtskosten betragen bei Streitigkeiten im Werte bis 20 M 1 M, von 20—50 M 1,50 M, von 50—100 M 3 M. Die fernerer Wertklassen steigen um je 100 M, die Gebühren um je 3 M beim Urteil. Bei Veräumnisurteil betragen die Gebühren von vorstehenden Sätzen die Hälfte, Schreibgebühren werden nicht berechnet. Zeugen- oder Sachverständigengebühren müssen aber erstattet werden.

Wo Gewerbegerichte nicht bestehen, muß die Klage bei einem Objekt bis 600 M beim zuständigen Amtsgericht angebracht werden. Bei über 600 M beim Landgericht.

Wer keinen Rechtsschutz vom Verbandsverband erhält, läßt sich von der Ortsbehörde einen Armenschein ausstellen und ersucht um Bewilligung des Armenrechts und Beordnung eines Rechtsanwalts und Gerichtsvollziehers. Das Armenrecht gilt nicht als Armenunterstützung. Die Klage beim Amtsgericht kann entweder schriftlich oder mündlich zu Protokoll des Gerichtsschreibers angebracht werden. Wird die Klage schriftlich eingereicht, so muß Abschrift mitgeliefert werden. Klagen beim Landgericht können nur durch einen Rechtsanwalt eingereicht werden. Das Gesuch um das Armenrecht kann aber auch beim Landgericht der Arbeiter selbst anbringen.

Ist ein zuständiges Gewerbegericht nicht vorhanden, so kann bei Streitigkeiten über den Eintritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sowie über die Auszahlung oder den Inhalt des Arbeitsbuchs, Zeugnisse, Lohnbuchs oder über die Berechnung und An-

rechnung der von den Arbeitern zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder jede Partei die vorläufige Entscheidung durch den Vorsteher der Gemeinde (Bürgermeister, Schultheiß, Ortsvorsteher usw.) nachsuchen. Die Entscheidung des Gemeindevorstehers geht in Rechtskraft über, wenn nicht binnen einer Frist von 10 Tagen von einer der Parteien Klage beim ordentlichen Gericht (Amts- oder Landgericht) erhoben wird.

Die Gewerbegerichte wurden am 29. Juli 1890 mit Einführungstermin vom 1. April 1891 beschaffen. Im Jahre 1911 gab es in Deutschland 510 Gewerbegerichte und 426 Innungs- und Handwerksgerichte.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Die Zigarrenindustrie in Hamburg. Das Hamburger Fremdenblatt schreibt: Die im ersten Vierteljahre 1913 erhaltene Hebung des Geschäftes, auf die man rechnen durfte, wenn der allgemeine Geschäftsgang aller Branchen normal wäre, ist nicht eingetreten. Sowohl der größte Teil der hamburgischen wie auch der weisfällischen und der sächsischen Zigarrenindustrie klagt über mangelhafte Beschäftigung. Die Zahl der beschäftigungslosen Zigarrenarbeiter war außergewöhnlich hoch. Sie war in den letzten Jahrzehnten nur größer nach der Einführung der Tabakwertsteuer. Das Nachlassen der Bestellungen ist mehr beim Absatz nach dem Ausland als bei dem Absatz nach dem Inlande zu beobachten. Im Inlande hört man zahlreiche Klagen, daß die kriegerischen Verwicklungen im Osten recht ungünstig auf den Absatz der Industrien wirkten, die nach dem Orient liefen. Die dadurch bedingte Verminderung des Arbeitsverdienstes und das Zurückhalten des Bargeldes macht sich stets zuerst in dem Rückgang des Konsums an entbehrlichen Genussmitteln bemerkbar, an denen dann gespart wird. Bei dieser mangelhaften Beschäftigung der Zigarrenindustrie tritt aber wieder die unheilvolle Wirkung der neuen Tabakwertsteuer in Erscheinung, indem die durch die Form dieser Steuer begünstigte Großindustrie weniger leidet als die mittleren und kleinen Betriebe. Einzelne Großunternehmungen sprechen sogar von guter Beschäftigung und Umsatzzunahme. Auch die Bedingungen für die Beschaffung von Rohmaterial, die in der Tabakbranche von wesentlicher Bedeutung für die Rentabilität der Industrie sind, lassen die Weiterentwicklung in keinem rosigen Lichte erscheinen. Bei der ersten Einschreibung für die neue Sumatraente in Amsterdam zeigten die Decktabake in den modernen, sahen Farben steigende Tendenz, und auch die Einlagetabake inländischer und ausländischer Herkunft, die auf deutschen Märkten gehandelt werden, zeigen mehr Neigung zum Steigen als zum Fallen, da kein Ueberfluß auf dem Weltmarkt ist. Dies ist wiederum für die hiesige Zigarrenarbeiterchaft ungünstig, insofern, als unter solchen Verhältnissen die Fabrikanten noch mehr als es bisher schon in umfangreicher Weise geschehen ist, Neigung haben, in dem billigeren Inlande arbeiten zu lassen.

Streik der Tabaksortierer auf Cuba. Den Vereinigten Tabak-Beitungen wird unterm 24. Mai aus Havanna folgendes berichtet:

In der Partido Region herrscht überdies seit circa zwei Wochen ein Streik der Sortierer, so daß die bereits angefangenen Packungen aus diesem Grunde ihre Arbeit einstellen müssen, und dabei ist vorläufig noch das Ende nicht in Sicht. Unsere Vereinigung von Fabrikanten, Packern und Plantagen der Insel Cuba ernannte zwar bereits beim Beginn des Streiks ein Komitee, um zu einem gütlichen Ausgleich zu kommen. Die Leiter der Arbeiter-Union hielten das aber für eine Schwäche der Packer und bestanden auf ihren Forderungen, ohne sich auf Verhandlungen einlassen zu wollen. Wer dabei profitiert, sind die Leiter des Streiks, da sie ihre Diäten beziehen, gut essen und trinken, und von einem Dorf zum andern in Autos oder Automobilen spazieren fahren, um die mühseligen Arbeiter zu ermutigen, auf ihren Forderungen zu bestehen, da sie sicherlich gewinnen würden. Die Packer haben jedoch gar keine Eile, da der Tabak durch ein längeres Verweilen in der Fermentation in den Häusern nur profitieren kann, und da gar keine Eile unter den Fabrikanten herrscht, schon jetzt auf den Einkauf von neuem Tabak erpicht zu sein. Inzwischen erleiden die Arbeiter den größten Verlust, da sie nichts verdienen, und Schulden machen müssen, um nicht zu verhungern. Selbst im günstigsten Falle, daß sie gewinnen sollten, was aber nicht danach aussieht, werden sie lange zu arbeiten haben, um ihre Schulden wieder abtragen zu können. Es leiden circa 30 Dörfer mit ungefähr 15 000 Familien auf diese Weise an Arbeitslosigkeit, denn andere Arbeit ist momentan in dieser Gegend nicht zu finden.

Wie der Berichterstatter doch besorgt ist um die Arbeiter, um die man sich doch sonst nicht kümmert. Das mit den Diäten und Automobilen hört sich ja schon reichlich bündlerisch an. Man scheint auch auf Cuba das Diäten-schluden und Automobilfahren für ein Spezialrecht der Unternehmer und ihrer Söldner zu halten. Hoffentlich gewinnen die Arbeiter den Kampf, damit sie besser leben können.

Sanitäre Maßnahmen in der Zigarrenfabrikation Manila. In Manila sind von den Behörden sanitäre Vorschriften für die Tabak- und Zigarrenfabrikation erlassen worden, die zum Teil weiter gehen als die deutschen Vorschriften. Die Anordnungen beziehen sich auf die Sauberkeit in den Räumlichkeiten und wird das Waschen und Fegen der Werkstätten, die Aufbewahrung von Schutt und Abfall in verschlossenen Metallbehältern gefordert. Auch haben sich die Arbeiter ärztlich untersuchen zu lassen. Unreines Wasser, Speichel oder die Zunge darf zur Befeuchtung nicht benutzt werden. Das Sortieren und Trocknen der Blätter soll auf trockenem Boden oder sauberen Tischen bewirkt werden, wie auch in den Werkstätten für reichliche Lüftung zu sorgen ist. Der Tabak darf nicht in Kleidungsstücken oder Tüchern von einem Teil der Fabrik zum andern befördert werden. Verboten ist, die zur Tabakverarbeitung gebrauchten Räumlichkeiten zum Schlafen zu benutzen. Das Sanitätsamt verspricht eine strenge Kontrolle bezüglich der Durchführung. In Deutschland werden noch unzählige Zigarren und Zigaretten in Räumen hergestellt, die zum Wohnen, Schlafen und Kochen benutzt werden. Dafür haben wir aber auch Gesetze, wie das Hausarbeitsgesetz, die weder sich noch Fleisch sind, obgleich selbst die Gewerbeinspektoren von Zeit zu Zeit über schauerhafte Zustände in der Heimarbeit der Tabakindustrie berichten. Das ist schwarz-blau Sozialpolitik.

Bewegungen im Beruf.

Kopenhagen. Der Streik in der dänischen Zigarrenindustrie ist noch nicht beendet. Vor Zuzug von Zigarrenarbeitern nach Dänemark wird deshalb streng gewarnt.

Ladenburg (Baden). Die Firma W. Agricola-Söhne versuchte, die Löhne der Zigarrensortierer zu verschlechtern. Angebahnte Verhandlungen führten zu keiner Einigung, weshalb die Zigarrensortierer die Arbeit einstellen.

Hamburg. Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der Zuzug nach Hamburg und Umgegend fernzuhalten.

Spremberg (Niederlausitz). Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der Zuzug nach Spremberg fernzuhalten.

August Raden †.

Wieder einer der alten Garde ist dahin. Am 21. Juni starb zu Dresden der Reichstagsabgeordnete August Raden. Eine schwere Lungenentzündung hat den aufrechten Mann dahingerafft. Seit seinen jungen Jahren stand Raden in unverbüßlicher Treue zur Arbeiter Sache. August Raden wurde 1850 zu Großhain in Sachsen geboren; seine Eltern waren Proletarier, so daß er schon in seiner Jugend das Los der Armen erfuhr; auch als Zigarrenarbeiter, der er dann wurde, hat ihm das Schicksal keine Seite gesponnen, wie das allen Tabakarbeitern geht. Als aber die ersten Wogen der Arbeiterbewegung auch nach seiner Heimatstadt schlugen, schloß sich der Jüngling dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein an und nahm er auch Anteil an der Gewerkschaftsbewegung. Es ist eine hohe Ehre für einen Menschen, wenn man ihm nachjagen kann, daß er all sein Leben für die Interessen des Proletariats gekämpft hat. Das hat August Raden getan; und er hat im Kampf Freude und Befriedigung gefunden, wie alle geraden und nicht nur auf Schein und äußerliche bedachte Menschen ihr Leben einer edlen Aufgabe weihen müssen. Zwar ist der Verstorbene weniger in der Gewerkschaftsbewegung, speziell in der Tabakarbeiterbewegung hervorgetreten, aber zu unserem Verband hat er bis an sein Ende gehalten. Es müssen überall tüchtige und tätige Menschen sein. Raden hat es in der politischen Laufbahn zu Ehren gebracht. Schon 1885 wurde er in den sächsischen Landtag gewählt, wo sein Tätigkeitsgebiet die Armenfürsorge, die Volksschule und die Gefängnisverwaltung war. 1884 stellte ihn die Partei im 4. sächsischen Wahlkreis (Dresden-Neustadt) als Kandidat zum Reichstag auf, wo er 1898 denn auch gewählt wurde, um das Mandat bis zu seinem Tode gewissenhaft auszuüben. In der Geschichte der sozialdemokratischen Partei wird der Name August Raden nicht vergessen werden. Er gehörte der Kontrollkommission an und war deren Vorsitzender. Zu anderen zahlreichen Metern und Missionen war Raden im Laufe der Jahre berufen worden. Die Dresdener Arbeiter-Schaft erwähnte ihn zum Firmenträger ihres bedeutenden Druckereigeschäfts. Nicht selten hat Raden auskosten müssen, was es heißt, ein Kämpfer für das Proletariat zu sein. Unter dem Sozialistengesetz drohte ihm, der sich selbstständig gemacht hatte, der wirtschaftliche Zusammenbruch, da die Behörden ihn und sein kleines Geschäft unter strenger Bewachung stellten. Raden hat trotzdem seinen Mann gestanden. Noch lange hätte sein Herz für die Sache des Proletariats schlagen, sein Mund reden sollen — es hat nicht sollen sein. Wir Tabakarbeiter wollen mit allen anderen das Andenken des Freundes und Kämpfers in Ehren halten.

Eingefandt.

Auf das Eingefandt im letzten Tabak-Arbeiter zurückgehend, ist meiner Meinung nach für alle männlichen Mitglieder ein Beitrag von 75 ¢ zu erheben, undurchführbar. Wir würden wohl dabei sehr schlecht abschneiden. Wo bleiben die verheirateten Mitglieder, die nur 15 bis 17 ¢ pro Woche verdienen, wenn sie noch 75 ¢ für die Kampforientierung abgeben sollen, da gehen sie selbst zugrunde. Nun bin ich auch der Überzeugung, daß die vielen Klagen einseitiger gestaltet werden müssen. Man könnte so dabei verfahren:

Arbeitslosenunterstützung:			
Beitrag 70 ¢	Beitrag 50 ¢	Beitrag 35 ¢	Dauer der
Für Mächtige	Für Mächtige	Für Mächtige	Unter-
pro Woche	pro Woche	pro Woche	stützung
Rach b. 1. Mitgliedsj. 9.— M.	6.— M.	4.20 M.	5 Wochen
" " 2. " 8.60 "	6.60 "	4.50 "	7 "
" " 3. " 10.20 "	7.20 "	4.80 "	9 "
" " 4. " 10.80 "	8.10 "	5.10 "	11 "
" " 5. " 11.40 "	8.70 "	5.40 "	13 "

Die Unterstützungsdauer bezieht sich auf das Mitgliedsjahr. Die Arbeitslosenunterstützung wird vom 1. Tage an gezahlt. Wenn wir erst vom 4. Tage an Unterstützung bekommen, könnte mancher trockenes Brot essen. Denn wir Tabakarbeiter leben doch nur von der Hand in den Mund, erkräftigen können wir uns nicht.

Georg Weise, Kellinghusen.

Eingefandt.

Verbandsrat.

Wohl selten ist einem Verbandstage solch großes Interesse entgegengebracht worden, wie es dem nunmehr stattfindenden Verbandstage geschieht. Und das mit Recht. Gibt es doch, einen frischen Zustand zu heiligen, einen Zustand, der, wenn es so weitergeht, den Verband untergraben muß, die Klasse in todsicher Weise schädigt, ich will sagen, in Anspruch nimmt, indem der Kampfscharakter unserer Organisation auf unabsehbare Zeit überhaupt in den Hintergrund gestellt wird und wir nur noch Mitglieder eines Unterstützungsvereins sein werden. Man braucht sich nur einmal näher über die Einnahmen und Ausgaben unseres Verbandes zu orientieren, und man wird sich sagen müssen, daß es so nicht weitergehen kann. Sieht man sich die Ausgaben für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, sowie der anderen Unterstützungen an, so muß man unabweislich zu dem Resultat kommen, daß Großes geleistet werden ist. Betrachten doch die Unterstützungen allein schon 423 003,88 M. Der Bestand der Hauptkasse betrug am 1. Januar 1912: 230 716,94 M., und am Schlusse des Jahres, also am 31. Dezember 1912, nur noch 106 093,55 M. Ist das nicht ein Rückschritt, der uns zu denken gibt! Muß jedem einzeln da nicht die Erkenntnis kommen, daß mit diesem ungesunden Zustande angeräumt werden muß? Und aus all diesen Uebeln heraus hat sich der Vorstand nun beflissen, gewisse Vorschläge zur Reorganisation unseres Statuts zu machen. Die Unterstützungsleistungen sollen vollständig gebildet, beizubehalten die Beiträge er-

höht werden. Allen Kollegen, die sich noch nicht mit den Angelegenheiten und dem finanziellen Stand unseres Verbandes beschäftigt haben, wird der jetzt eingetretene Zustand nicht unerwartet kommen. Gewiß hat sich die Generalversammlung in Hamburg, nachdem die Verschmelzungsfrage mit dem Sozialverband objektiv geregelt war, nur mit bestem Willen und Wohlwollen bemüht, nach dem jetzigen Stand mit dem Beste für die Mitglieder zu schaffen, und man konnte auch nicht annehmen, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Berichtsjahre solch große Dimension annehmen würde. Doch nun einmal die Dinge so liegen, tragen nicht zuletzt die Großfabrikanten die Schuld, weil sie ihre Produktion meistens nach dem Osten und Süden verlegen, um dadurch mit billigeren Arbeitskräften zu rechnen. Es ergibt sich daraus, daß im Norden und Westen eine große Anzahl von Kollegen auf die Straße gesetzt werden, die dann selbstverständlich ihrer Unterstützung bedürftig sind. Man kann das am besten aus der großen Arbeitslosigkeit in Hamburg, Bielefeld u. a. sehen. Es ist nun die Frage aufzuwerfen: Werden die Mitglieder mit einer abermaligen Erhöhung der Beiträge einverstanden sein und werden sie einverstanden sein mit einer Abminderung der Unterstützungen, die durch die Einführung der Gewerkschaftsunterstützung auf jeden Fall eintritt? Diese Frage mit ja oder nein zu beantworten, ist schwer. Jedenfalls aber werden die Kollegen und Kolleginnen, die den Stand unserer Finanzen gewillt haben, zu demselben Resultat kommen wie der Vorstand und Ausschuss auch. Und da gibt es nun, diese Kollegen, die zur Organisation noch nicht soviel beigetragen haben, aufzuklären, ihnen zu sagen, daß auf dieser Basis nicht weitergearbeitet werden kann, und daß sie trotz der Erhöhung der Beiträge trennen zur Fabrik halten müssen. Denn wir müssen unbedingt Maßregeln ergreifen, die den Stand unserer Finanzen wieder in Höhe bringt. Kampfsorganisation! Das sei für künftig der Maß, der durch die Maßnahmen der Mitglieder heraus zu kommen. Wir müssen Mittel haben, um unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern. Mehr wie zu jeder andern Zeit mahnt uns die heutige traurige Lage unseres Gewerbes, von allen erlaubten Mitteln Gebrauch zu machen, die geeignet sind, bessere Verhältnisse in unserem Berufe, besonders bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Aber nur durch Geslossenheit und Einigkeit der Kollegen und Kolleginnen ist es möglich, bessere Zustände zu schaffen.

Wir sehen, wie die Unternehmer sich immer fester und fester zusammenschließen. Sie beschließen sich auch nicht gegenseitig mit religiösen oder politischen Dingen, sondern darin sind sie sich einig, daß es bei ihnen nur gilt, den Arbeiter mit seinen Forderungen niederzuschlagen. Jede geringfügige Forderung beantwortet man mit Ausperrung; sie fühlen nicht, daß bei den Tabakarbeitern durch die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und sonstigen Lebensartikeln, sowie der Wohnungskosten Not und Entbehrung eingetreten ist.

Es herrscht in Deutschland die brutale Macht der Besitzenden über die Notleidenden. Wer vorant vorzweckeln an der Kraft, die wir besitzen, wenn wir einig sind?

Kämpfen müssen wir, wenn wir etwas erreichen wollen. Und Kollegen, zum Kampf gehört Munition! Wir müssen unbedingt reorganisieren. Die Masse muß wieder gestärkt werden, sie muß stark und kräftig dastehen, wollen wir der Zukunft sorglos ins Auge schauen. Hoffen wir also, daß die kommende Generalversammlung alles dransetzen wird, unsere Organisation so zu gestalten, daß sie stets in der Lage ist, den Wünschen der Mitglieder gerecht zu werden. Und darum, Kollegen und Kolleginnen, steht kein zur Sache! Laßt die Redner reden, und jeder sehen! Vereinzelt sind wir nichts, vereint alles!

Lassen.

Rich. Biffed.

Eingefandt.

Wenn man in der Nr. 24 des Tabak-Arbeiter des Eingefandt unseres Kollegen Emil Datz, Hamburg, betrachtet, so muß man wohl sagen, daß letzterer gewillt ist, das Unabsehbarwerden im Verbandsrat zu berücksichtigen; aber nach meiner Ansicht wäre es zu gewagt, wenn man in seinem Sinne beschließen wollte. Wir müssen nämlich wissen, daß es bei uns, „den schlechtesten Arbeitern“, viele Kollegen gibt, denen man einen Beitrag von 75 ¢ die Woche nicht abverlangen kann. Auch bei Agitationen ist man vielfach zusammen wegen der hohen Beitragsleistungen. Ich würde daher eine Staffelform der Beiträge je nach Verdienst empfehlen, mit vier Klassen; das Unterstützungsweisen, wie Kranken-, Arbeitslosenunterstützung usw. zu verschmelzen und nur ein geregeltes Unterstützungsweisen, „Erwerbslosenunterstützung“, zu schaffen. — Wie alle Mitglieder erhalten, gleichviel ob krank oder arbeitslos, die ihrer Klasse nach entsprechende Unterstützung. Nun zum eigentlichen Wandlungs-vorschlag:

§ 3. Die Beitragsleistung beträgt in Klasse I 55 ¢, in Klasse II 50 ¢, und gehören demselben alle Mitglieder an, die einen Verdienst bis zu 18 M pro Woche haben. — In Klasse III beträgt die Beitragsleistung 65 ¢ und gehören derselben alle Mitglieder an, die pro Woche bis 24 M verdienen. — In Klasse IV sind 1,10 M Beitrag zu entrichten, und gehören derselben alle Mitglieder an, die über 24 M pro Woche verdienen.

Die §§ 9, 10, 11 und 12 sind zu streichen und dafür zu setzen:

§ 9. Mitglieder, die ohne eigenes Verschulden aus der Arbeit entlassen oder erwerbsunfähig (krank) werden, sowie wandernde Mitglieder, erhalten eine vom Verbandsvorstande zu gewährenden Erwerbslosenunterstützung. Diese Unterstützung darf in einem Jahre nur betragen: Nach einer Beitragsleistung von:

In Beitragsleistung	22 Wochen bis 24 M	24 Wochen bis 24 M	26 Wochen bis 24 M	28 Wochen bis 24 M	30 Wochen bis 24 M	32 Wochen bis 24 M
I	21.—	22.50	24.00	25.50	27.00	28.50
II	25.50	27.—	28.50	30.—	31.50	33.—
III	30.—	31.50	33.00	34.50	36.00	37.50
IV	48.—	49.50	51.00	52.50	54.00	55.50

Die Erwerbslosenunterstützung wird vom 3. Tage an gezahlt und beträgt bei einer 52wöchigen Mitgliedschaft und Beitragsleistung:

In Klasse I pro Tag	— 75 ¢	= 4.20 M pro Woche
" " II " "	— 70 ¢	= 3.90 " " "
" " III " "	— 65 ¢	= 3.60 " " "
" " IV " "	— 60 ¢	= 3.30 " " "

und wird für 30 Werkstage gewährt.

Nach 104wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung wird für 30 Tage die Unterstützung gewährt:

In Klasse I pro Tag	— 75 ¢	= 4.20 M pro Woche
" " II " "	— 70 ¢	= 3.90 " " "
" " III " "	— 65 ¢	= 3.60 " " "
" " IV " "	— 60 ¢	= 3.30 " " "

Nach 156wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung für 36 Tage:

In Klasse I pro Tag	— 80 ¢	= 4.80 M pro Woche
" " II " "	— 75 ¢	= 4.50 " " "
" " III " "	— 70 ¢	= 4.20 " " "
" " IV " "	— 65 ¢	= 3.90 " " "

Nach 208wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung für 36 Tage:

In Klasse I pro Tag	— 85 ¢	= 5.10 M pro Woche
" " II " "	— 80 ¢	= 4.80 " " "
" " III " "	— 75 ¢	= 4.50 " " "
" " IV " "	— 70 ¢	= 4.20 " " "

Nach 260wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung für 42 Tage:

In Klasse I pro Tag	— 90 ¢	= 5.40 M pro Woche
" " II " "	— 85 ¢	= 5.10 " " "
" " III " "	— 80 ¢	= 4.80 " " "
" " IV " "	— 75 ¢	= 4.50 " " "

Nach 312wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung für 42 Tage:

In Klasse I pro Tag	— 95 ¢	= 5.70 M pro Woche
" " II " "	— 90 ¢	= 5.40 " " "
" " III " "	— 85 ¢	= 5.10 " " "
" " IV " "	— 80 ¢	= 4.80 " " "

Alle Mitglieder, die Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, kann nach Ablauf des zugehörigen Unterstützungsjahres (12 Monate) erst wieder Erwerbslosenunterstützung gewährt werden, wenn sie vom Beginn des letzten Unterstützungsjahres an gerechnet mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet haben.

Der Dichter Hermann und die Metzgergewölle.

Nachdem in den Märztagen des Jahres 1848 die sächsische Regierung aus Furcht vor dem Vorn des Volkes...

Im April erfolgte die republikanische Selbstvergebung Heders im badischen Gebiet. Die Leipziger Bourgeoisie...

Die Sage geht, es habe die Frau Vergessen bekämpft den Kleinmut des Gatten...

Sie sprach zu ihm: "Sei jetzt kein Haff, Grimme dich deiner verzagten Gefühle..."

Vergessliches Mahnen! Antipathien Gibt es, woran die Besten stehen...

Die Schiffe trauken — der Seel erblüht, Er spottet manch unsinnige Phrasen...

So geht die Sage — Ist sie wahr? Wer weiß es? Wir Menschen sind nicht vollkommen...

Die Sage ist natürlich nicht wahr, ebensowenig, wie die Gerüchte, daß Hermann, unter dem Spritzleder seines...

ben Gump — die Leipziger Bourgeoisie sah ohne Aufregung zu. Der von der Märzrevolution gebemühtige...

über, ohne die reaktionäre Stille über Deutschland wegschleusen zu haben — die Leipziger Bourgeoisie schloß...

Der König von Preußen schloß mit Dänemark den Waffenstillstand von Malmo — jenen Schlag ins Gesicht der vers...

In Nr. 273 dieser Zeitung erschien am 29. September 1848 ein Inserat "Für die Dignität des v. Auerwalds...

Vergeltung waren die Gefühle und Betrachtungen, die ein entsetzliches politisches Ereignis in der Seele eines...

Lein wischen den Dichtern und den Genesenskräften ein sehr berühmtes Verhältnis besteht. Als Praga dem Feuerwehmann...

Die Entwicklung der Farnstiege. Das Sündenregister der Säuflinge ist mit Anlagen so überladen worden...

Es winkte die Birke mit grünem Behang Und wonniglich lustigem Dach...

Sie saß in lauchiger Laube fein Und schauelte — lachte dasp...

Ihr Rock war alt und grün und schläng Sich in Fetzen um ihr Bein...

Es war ein Tag, so drückend warm, Kleiner Karl schlammerte ein...

Sie schlief... eine reiche Märchenwelt Wogte sich auf schwankem Hilt...

Ihr Bettimmel war das Blätterdach, Es hüßte ihr heisses Kind...

Ein Sackte ber und hin. Jonas die (Morwagene)

Die allgemeine Einführung dieses mikrophotographischen Verfahrens würde eine ungeheure Umwälzung im...

Notizen. In der Zeit im Wit' erzählt "Robinson" folgendes Geschichtchen: Neulich traf ich Herrn Bogurta...

Der Dichter und das Handverbot. Vor dem Züriner Stadtpolizeigericht sollte sich, kürzlich, ber bekannte Dramatiker Marco Praga...

Wahlrecht noch Anträge in Bezug auf die Umzugsunterstützung und das Wahlrecht betr. an. Die nächste Versammlung findet Montag, den 23. Juni, im Restaurant „Börse“ statt. Am Schlusse auch dieses Berichtes muß leider den Kollegen, welche durch Abwesenheit glücklicher, wieder gesagt werden, daß es angesichts dieser wichtigen Tagesordnung doch ein besserer Besuch erwartet werden könnte. Kollegen! Wollt ihr denn alles, was wir in jahrelangem Mühen aufgebaut haben, durch Gleichgültigkeit wieder dahingehen sehen? Sind auch die Verhältnisse schlecht, wir wissen das alle, aber das legt uns auch die Verpflichtung auf, nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern den Verhältnissen entsprechend uns auf der Höhe zu halten.

Hamburg-Altona. Sektion der Sortierer und Verarbeiter. Versammlung vom 17. Juni. Tagesordnung: 1. Unsere Generalversammlung und die Anträge des Vorstandes dazu. Referent: Kollege Rud. Dackelberg. 2. Stellung von Anträgen. 3. Aufstellung des Kandidaten zur Generalversammlung. Mit reichem statistischen Material versehen, begehrt Kollege Dackelberg die Vorstandsvorlage. In der Diskussion erklärt Selpin: Bei der Berechnung und Aufstellung der Vorlage sieht sich der Vorstand auf die Ergebnisse dreier Quartale, der bei den letzten des Jahres 1912 und des ersten des Jahres 1913. Leider hat es der Vorstand verabsäumt, den Jahresbericht rechtzeitig herauszugeben. Dadurch ist den Mitgliedern jede Möglichkeit genommen, nachzuprüfen und ev. Vorschläge zu machen. Im Namen der Sektionsleitung muß ich dem Vorstande hierüber unsere Mißbilligung ausdrücken. Die große Arbeitslosigkeit stellt sich nicht nur als eine Folge der Hochkonjunktur dar, sondern hat auch ihren Grund in außerpolitischen Verhältnissen, im Balkanrieg. Denn es ist noch nie dagewesen, daß wir um Wehnhachten herum die größte Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten. Diese Verhältnisse sind also nicht konstant und deshalb kann man eine Vorlage wie diese nicht darauf aufbauen. Gewiß ist es notwendig, um unsere Finanzen zu regeln, mehr Mittel für den Kampfwort freizumachen, aber die Rechte der Mitglieder in dieser Weise zu beschneiden, tut nicht nötig. Gerade die Sortierer, die fast immer mit einer längeren Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, können dieser Erwerbslosenunterstützung nicht zustimmen. Es gibt noch einen anderen Weg, und das ist Statutenänderung, Herabsetzung unserer jetzigen Unterstühtungen. Selpin unterbreitet deshalb folgende Anträge: § 9 Abs. 1 zu lesen: In Klasse I pro Tag 80 „ = 4,80 M pro Woche; im § 9 Abs. 3 zu lesen nach 52 Wochen bis zu 2 Wochen = 12 Tage

104	4	= 24
156	6	= 36
208	8	= 48
260	10	= 60
312	12	= 72

Zu § 10, 1. Zeile: „Mitglieder, die mindestens 156 Beiträge geleistet haben.“. Letzter Satz: „Die Unterstützung wird innerhalb dreier Jahre nur einmal gewährt und beträgt 156 Beiträge 20 M, steigend jährlich um 10 M bis zur Höchstleistung von Leistung von 312 Beiträgen 50 M.“ In § 11, Abs. 2 zu lesen: Klasse V pro Tag 1,50 M = 9 M pro Woche, Klasse VI pro Tag 2 M = 12 M pro Woche. Zu § 11 Abs. 3: „und wird nach Leistung von 52 Beiträgen vom 4. Tage der eingetretenen und gemeldeten Erwerbsunfähigkeit (Krankheit)“. Zu § 11 Abs. 4:

104	4	= 24
156	6	= 36
208	8	= 48
260	10	= 60
312	12	= 72

Dem § 3 hinzuzufügen: „Alle Mitglieder, die in der Regel unter 18 M die Woche verdienen, zahlen den Beitrag der I. oder II. Beitragsklasse, diejenigen Mitglieder mit einem Wochenlohn von 18 bis 27 M zahlen den Beitrag der III. oder IV., und solche Mitglieder, welche 27 M und darüber verdienen, zahlen den Beitrag der V. oder VI. Beitragsklasse. Redner erklärt, daß durch diese Streichungen und durch die Beitragserhöhung eine Summe von 200 000 bis 300 000 M erzielt werden kann. Außerdem beantragt Selpin: § 19 Abs. 2 zu lesen: „Der Sitz des Ausschusses wird vom Vorstand bestimmt.“ Der Ausschuss konstituiert sich selbst.“ Zum Wahlreglement: § 3 Abs. 2 zu streichen. Drimann lehnt die Vorlage ab. Er weist hin auf die Mäler, die, was Arbeitslosigkeit und Krankheit betrifft, noch ungünstiger stehen als wir Tabakarbeiter. Dort schafft man jetzt Unterstühtungseinrichtungen, die nach Beitrag und Unterstühtung bedeutend günstiger sind als die uns vom Vorstand vorgeschlagenen Einrichtungen. Die Verwaltungskosten sind zu hoch, einzelne Gane können zusammengelegt werden. Redner beantragt, die Zahl der Gauleiter auf mindestens 6 zu reduzieren. Auf eine Anfrage des Kollegen Drimann, ob die Anträge Selpins die eigenen oder die Anträge der Sektionsleitung sind, erklärt Selpin, daß die Sektionsleitung sich über Anträge noch nicht einig geworden ist. Einigkeit besteht aber in Ablehnung der Vorlage. Ehrlich befürchtet, daß, wenn die Vorlage Gesetz wird, wir viele Kollegen verlieren werden. Die Vorlage erschwert die Agitation. Den Arbeitsnachweis für Sortierer, den wir in Hamburg bisher streng durchgeführt haben, müssen wir bei einer so kurzen Unterstühtungsbauer von 8 Wochen aufgeben. Gelpart werden könnte an Verwaltungskosten. Verminderung der Gauleiter wäre angebracht. Ein Antrag des Kollegen Arnhold, die Debatte abzubrechen und die Versammlung zu vertagen, wird angenommen. Auf Antrag Drimann wird beschlossen, die Aufstellung des Kandidaten bis zur nächsten Versammlung zu verschieben.

Dessau. Am 18. Juni tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, welche verhältnismäßig gut besucht war. Der Gauleiter Kollege Borey sprach in längerer Ausführungen die Verhandlungspunkte des nächsten Verbandstages. Er betonte ganz besonders, daß eine Reorganisation stattfinden müsse, wenn unser Verband seine Stokkraft behalten soll. Es entspann sich eine Debatte; alle Redner sprachen sich für eine Erwerbslosenunterstützung aus. Beschlüsse wurden die Anträge, keine Erhöhung der Beiträge einzutreten zu lassen, die Unterstützung vom 4. Tage an zu gewähren, die

Einführung einer Erwerbslosenunterstützung. Zum Verbandstage wurde Kollege Emil Brinmann als Kandidat aufgestellt. Zum Schluß werden die Dessauer Kollegen ersucht, die Versammlungen reger zu besuchen, denn was den Kollegen von auswärts möglich ist, muß einem Teil der Dessauer Kollegen auch möglich sein. Den Kollegen von auswärts erwachsen durch den Besuch der Versammlungen durch Bahnfahrt und dergleichen, Unkosten, aber sie sind immer zur Stelle. Darum, Kollegen, die Versammlungen besucht, mehr Interesse an den Tag gelte! Dann wird die Zeit herandrehen, wo mit den elenden Verhältnissen, welche zum Teil noch existieren, ausgeräumt wird.

Bremen. Mitgliederversammlung vom 18. Juni. Tagesordnung: 1. Unser Verbandstag; 2. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag; 3. Verschiedenes. Im Besitze eines großen Zahlenmaterials, wies der Referent, Gauleiter Dackelberg, zum 1. Punkt der Tagesordnung nach, weshalb eine Reorganisation des Verbandes dringender erforderlich sei. Seine Ausführungen waren etwa folgende: Als wir vor Jahresfrist in Hamburg zusammenkamen, dachten wir nicht, daß jetzt schon wieder ein Verbandstag erforderlich sei. Schon nach kurzer Zeit zeigte es sich, daß die neu geschaffenen Unterstühtungen den Verband außerordentlich belasteten. Seit Jahren waren wir bestrbt, mit dem Verbands der Sortierer vereint zu werden. Die Sortierer, die durch die Eigenart ihres Berufes bisher wenig für Lohnkämpfe auszugeben nötig hatten, bestanden auf der Hamburger Generalversammlung auf möglichst hohe Unterstühtungssätze. Um die Verschmelzung endlich perfekt werden zu lassen, waren wir genötigt, den Sortierern in weitem Maße entgegenzukommen. Die Hamburger Generalversammlung hatte Grund, anzunehmen, daß die Lage, wie sie damals war, als normal zu betrachten sei. Das war aber nicht der Fall. Es trat eine große Arbeitslosigkeit ein, wodurch die Arbeitslosenunterstützung eine vorher nie gekannte Höhe erreichte. Vorstand und Ausschuss kamen deshalb zu der Überzeugung, daß eine gründliche Reorganisation erforderlich sei. Zu den hohen Unterstühtungen für Arbeitslosigkeit kommen noch die ebenfalls in die Höhe geschleunigten anderen Unterstühtungseinrichtungen. So blieb uns denn für den eigentlichen Zweck des Verbandes, die Lohnbewegungen, nur ein Bruchteil. Weil wir annehmen müssen, daß die Lage sich nicht ändert, so müssen wir auch fernerhin mit einer großen Zahl von Arbeitslosen rechnen. Dieses hat vor allem die Teuerung verschuldet, deren Verschwinden wohl von keinem Menschen mehr erwartet wird. Ebenso ist der Zigarettenkonsum enorm in die Höhe gegangen, wodurch die Zigarette verdrängt wird. Aus allen diesen Ursachen ist zu ersehen, daß durch Palliativmittel nichts erreicht werden kann. Der Vorstand hat deshalb zu einem Radikalmittel gegriffen und beauftragt die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Was jetzt an Unterstühtungen aus dem Verband bezogen werden kann, das kann kein anderer Verband leisten. Es kann unmöglich weitergehen, daß ein Mitglied 38 Wochen in einem Jahre Unterstützung beziehen kann. Durch Fortfall der Karenzzeit haben wir sehr schlechte Erfahrungen gemacht; sind doch Fälle zu verzeichnen, wo Mitglieder sich haben halbe Tage wachen erziehen lassen. Die vom Vorstand vorgeschlagene Stägige Karenzzeit ist deshalb ein dringendes Erfordernis. Die 5. und 6. Klasse muß gelockert werden; ebenso ist eine Erhöhung der Beiträge für die höheren Klassen unvermeidlich. Jedes Mitglied soll seinem Verdienste entsprechend Beiträge leisten. Der Zweck des Verbandes ist doch der Kampf. Sind wir aber durch die hohen Unterstühtungen gezwungen, die Lohnbewegungen hintanzusetzen, so ist der Zweck des Verbandes verfehlt. Deshalb ist es unsere Pflicht, mehr Gelder für einen Kampffonds zu reservieren, als dieses bisher der Fall war. Denn nur durch Lohnbewegungen können wir Mitglieder gewinnen, nicht, wie irrtümlich angenommen wird, durch hohe Unterstühtungseinrichtungen. In der Diskussion erklärt Weher, daß er der Stägigen Karenzzeit nicht zustimmen könne, das würde uns einen großen Verlust an Mitgliedern eintragen. Er beantragt die 5. und 6. Klasse gänzlich aufzuheben, da sich deren Unhaltbarkeit wohl erweisen habe. Weher glaubt, die 8 Tage Karenzzeit würden böses Blut machen, und befürchtet, daß die Mitglieder den Arbeitsnachweis hier am Orte durchbrechen würden. Wenn beantragt, 3 Klassen zu schaffen, je eine für jugendliche, weibliche und männliche Mitglieder. Erohn führt Zahlen aus den ersten 5 Monaten dieses Jahres den Mitgliedern vor Augen. Nach diesen Zahlen hat sich die Zahl der Arbeitslosen in diesem Zeitraum verdreifacht. Dementsprechend ist auch die Summe der Arbeitslosenunterstützung auf 90 000 M im 1. Quartal d. J. gestiegen, beträgt also in einem Quartal mehr wie in sonst in einem Jahre. Wenn auch die Zahl der Beschäftigten, wie sie vor der Steuer war, erreicht ist, so trifft dieses doch nicht für unsern Verband zu. Nach der Statistik der Tabakarbeitergenossenschaft haben sich die Verhältnisse im Norden Deutschlands wesentlich verschoben, und ist festzustellen, daß dadurch eine Zunahme der Fabrikation im Süden erfolgt ist. Hieraus ist nur zu gut zu ersehen, daß ein radikaler Einschnitt erfolgen mußte, um unsere Klassenverhältnisse auf eine gesunde Basis zu bringen. Trotz großer Aufnahmen haben wir im letzten Jahre nur einen geringen Zuwachs unseres Mitgliederbestandes zu verzeichnen. Das läßt sich nur daraus erklären, daß wir den Kampfcharakter unseres Verbandes nicht so gewahrt haben, wie dieses erforderlich ist; denn nicht durch Reden können wir Mitglieder gewinnen, sondern durch Lohnkämpfe, das ist die beste Agitation. Bei solchen Unterstühtungen kann kein Verband existenzfähig bleiben. Ein Drittel aller Mitglieder hat Unterstühtungen bezogen. Das Prinzip des Vorstandes ist gewesen, alle Unterstühtungsempfänger möglichst gleichmäßig zu treffen. Dazu ist beantragt, die 5. und 6. Klasse zu sperren. Die Beitragsverhöhung ist unbedingt erforderlich. Wollen wir für die Weiterentwicklung des Verbandes etwas tun, so müssen wir mehr Gelder zu einem Kampffonds sammeln als bisher, und dazu ist die Einführung der 8 Tage Karenzzeit eine unbedingte Notwendigkeit. Hieraus wird die Versammlung vertagt.

Finstertal. Die am 19. Juni stattgefundene Mitgliederversammlung hatte folgende Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Verbandstag und Aufstellung eines Kandidaten; 2. Verschiedenes. Kollege Henrich, der anwesend war, verbreitete sich im allgemeinen über den kommenden Verbandstag, der sich unumgänglich notwendig machen und erläuterte den provisorischen Statutenentwurf

des Näheren unter der Vorberlegung eines reichlichen Zahlenmaterials. Ueber den Statutenentwurf entspann sich eine lebhafte und ausgiebige Diskussion, jedoch wurden spezielle Anträge nicht gestellt. Es fand darauf folgender einstimmig Annahme: Die Versammlung kann sich mit dem Statutenentwurf nicht einverstanden erklären, sondern erwartet vom Verbandstag einen annehmbaren Entwurf, und, falls der in Vorschlag gebrachte Kandidat als Delegierter gewählt wird, daß er in diesem Sinne wirkt. Als Kandidat zum Verbandstag wurde der Kollege Carl Krause aufgestellt. Als Wahllokal wurde ein im Zentrum der Stadt gelegenes Lokal bestimmt, und zwar das Lokal von Baple. Im Verschiedenen setzte noch eine rege Debatte über Verbandsangelegenheiten ein, die eine gewisse Befriedigung für einen Teil der Anwesenden vermischen ließ. Es ist hier wieder einmal die Erkenntnis nicht von der Hand zu weisen, wie notwendig eine zahlreiche Versammlungsbeteiligung ist, die für ein gedeihliches Verbandsleben nur fördernd sein kann.

Hainichen. Am 19. Juni fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Der kommende Verbandstag und ev. Aufstellung eines Kandidaten, hielt Kollege Rich. Gerloff, Frankenberg, ein besichtig aufgenommenes Referat. Redner führte aus, daß der Zusammenschluß des Unternehmertums auch in der Tabakindustrie ein immer festerer werde, und müsse dieses die Tabakarbeiter veranlassen, ihre Organisation immermehr zu einer wirklichen Kampforganisation auszubauen. In diesem Sinne hat dem kommenden Verbandstag eine schwierige Aufgabe. Das Unterstühtungswesen müßte eine Veränderung erfahren, damit der Verband in jeder Beziehung schlagfertiger werde, um die immer größer werdenden Kämpfe aufnehmen zu können. Hieraus wurde Kollege Rich. Gerloff einstimmig als Kandidat zum nächsten Verbandstag aufgestellt. Wir richten an alle Mitglieder des 11. Gaues die Bitte, Kollegen Gerloff ihre Stimme zu geben. Unter Verschiedenes kamen einige dringliche Angelegenheiten zur Sprache, unter anderem wurde das Verhalten der Firma Gelbrich einer scharfen Kritik unterzogen.

Baugen. Die am 9. Juni zusammengetretene Mitgliederversammlung hat beschlossen, den § 9 des jetzigen Statuts zu belassen, wie er besteht. Das heißt: Mitgliedern, gleichviel welcher Art, vom vierten Tage an die Arbeitslosenunterstützung zu gewähren; ebenso die Krankenunterstützung im Erwerbsunfähigkeitsfalle vom vierten Tage an zu gewähren und nicht, wie im Vorstandsbericht bekannt gemacht wurde, erst vom achten Tage an. Ebenso sind die §§ 10, 11 und 12 in ihrer jetzigen Fassung zu belassen. Beiträge sind nicht zu erhöhen, sowie Beiträge nicht zu kürzen. Die gesamte Mitgliedschaft von Baugen erhebt energischen Protest gegen die Beschlüsse des Vorstandes in Nr. 23 des Tabak-Arbeiter. Im gesamten Interesse der Mitgliedschaft unseres Verbandes fordern wir hiermit auf, auf dem Verbandstag in Heidelberg unseren Anträgen zuzustimmen.

Wolff. Am 16. Juni fand hier eine Mitgliederversammlung statt, welche sich eingehend mit den Vorschlägen des Vorstandes und Ausschusses zum Verbandstag, soweit sie in der Nummer 23 des Tabak-Arbeiter bekanntgegeben sind, beschäftigte. Es wurde nach reiflicher Erwägung der einstimmig Beschluß gefaßt: Der Verbandstag möge beschließen, den Vorschlag des Vorstandes, wie er im Tabak-Arbeiter bekanntgegeben ist, abzulehnen, da es nicht gut angängig ist, in Zeiten, wo die Tabakarbeiter infolge der großen Arbeitslosigkeit resp. Arbeitseinschränkung und der enormen Lebensmittelpreuerung schwer zu kämpfen hat, das liebe hiesigen Brot für die Familie zu schaffen, noch die Beiträge zu erhöhen. Das muß jeder Einzige ohne weiteres zugeben. Denn bei einem Verdienst von 8 bis 15 M, wie er hier in Westfalen überhaupt an der Tagesordnung ist, läßt sich nicht gut noch mehr herausholen wie bisher. Außerdem werde in der Mitgliederbewegung eine Fluktuation eintreten und es müßte dann dieser Mehrgewinn, welcher durch die Beitragsverhöhung erzielt werden soll, zehnfach für Agitation wieder ausgegeben werden. Allerdings steht die Versammlung auf dem Standpunkt, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist. Denn die Unterstühtungssätze sind zu den Leistungen viel zu hoch, so daß der Kampfcharakter unseres Verbandes dadurch wesentlich eingeschränkt ist. Sehen wir uns einmal die enorm hohen Unterstühtungssätze auf Seite 82 des Jahresberichts für 1912 an; da wird man ohne weiteres den Einbruch gewinnen, daß unser Verband eher einer Unterstühtungskasse als einer Kampforganisation gleicht. Wollen wir die Verhältnisse in unserm Gewerbe besser gestalten, so können wir das nicht, indem wir hohe Krankenunterstühtungen usw. zahlen, sondern indem wir Kämpfe führen, um die Löhne aufzubessern. Hierzu gehören aber gesunde Klassenverhältnisse. Daher beschloß die Versammlung einstimmig, den Vorschlag des Vorstandes, wie er auf Seite 80 im Jahresbericht 1912 vorhanden ist, bei den jetzt bestehenden Beiträgen zu akzeptieren. Dagegen wurde die besondere Berganweisung, welche den Klassen V und VI zugute kommen soll, für den Fall, daß die Erwerbslosenunterstützung abgehoben ist, noch eine Extrainterstühtung zu zahlen, abgelehnt, da die anderen Klassen sich dadurch zurückgesetzt sehen müssen. Ferner wurde beschlossen, die Erwerbslosenunterstützung nicht wie vom Vorstand vorgeschlagen ist, erst vom 8. Tage, sondern vom 4. Tage an auszuzahlen. Dann wurde der Kollege J. Eichlermeyer als Kandidat aufgestellt. Kollegen und Kolleginnen! Wollen wir die Interessen des Verbandes sowie die der Mitglieder wirksam vertreten, so wenden wir uns aus den oben erwähnten Gründen an alle Bahnhöfen, wo noch keine Anträge gestellt sind, sie in dieser Form abzuschaffen, und richten die dringende Bitte an alle Delegierte, auf dem diesjährigen Verbandstag ganz energisch in diesem Sinne wirken zu wollen, dann geben wir uns der festen Hoffnung hin, daß der Deutsche Tabakarbeiter-Verband blühen und gedeihen wird.

Kolpelt. Am 22. Juni fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Der Kollege Richard Gerloff aus Frankenberg war als Referent erschienen und führte den Anwesenden vor Augen, wie notwendig es sei, daß unser Verband zu einer wirklichen Kampforganisation ausgebaut würde. Jedoch müssen wir, wenn dieses erreicht werden soll, auch mit dem jetzigen Unterstühtungssystem brechen. Seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall, und wurde er hierauf einstimmig als Kandidat zum Verbandstag nominiert. Wir ersuchen alle Mitglieder im 11. Gau, am 6. Juli alle ihre Stimme dem Kollegen Richard Gerloff, Frankenberg, zu geben.

ERHALTEN SIE KOSTENLOS DURCH

L. COHN & CO.

BERLIN
24 BRUNNENSTR. 24

Günstiges Angebot für Zigarrenarbeiter!
Das mit Gärten in Dessau i. U., 492 qm, worin seit 27 Jahren
Zigarrenfabrikation
mit Zigarren- und Zigarrenhandeln betrieben wird, ist für 15000 M bei 4000 Anzahlung offeriert, sofort zu verkaufen. Wirtsbetrieb ohne Gehalt 820 M.
Offerten unter N 800 an Rudolf Mosse, Dessau, erbitten.

Rohtabakgeschäft Otto Brandes
BREMEN, Westerstrasse 96
Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zigarrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

gemischte fertige Zigareneinlage
pro Pfund 95 M, bei Abnahme von 100 Pfund 90 M. Franco Zusendung. Hochfeine Mischung zu 5 M-Zigarren. 30. Preisliste gratis und franco. Versand nur unter Nachnahme.
Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Bestes Rohtabak-Verkaufsgeschäft der Provinz. — Gebr. 1886.

Die Stellung der Streckunterstützungsfrage zu befechtigen. Besterem Vorlage wird von mehreren Seiten angebracht, ferner bringen noch mehrere Redner zum Ausdruck, dass eine Erhöhung der Streckunterstützungsfrage nicht vorgenommen werden solle. Kollege Weegen fasst das Ergebnis der Diskussion dahin zusammen, dass wohl mancherlei Wünsche den Delegierten mit auf den Weg gegeben werden können, jedoch sei vor allem dringend nötig, dass unser Verband nicht ein Unterwerfungsbündnis, sondern eine Kampfgemeinschaft werde. Von der Aufstellung eines Kandidaten nimmt die Zahlstelle auf Vorschlag des Kollegen Köhler. Als dritter Bevollmächtigter wird ferner Kollege Dreßig, zum Revisor Kollege May gewählt. Zur Erledigung kommt noch eine interne Angelegenheit. Die Delegiertenwahl am 6. Juli findet im „Goldenen Saal“, Markt, von 2 bis 6 Uhr nachmittags statt und wird erwartet, daß sich alle Mitglieder daran beteiligen.

Breslau. Die letzte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Breslau beschäftigte sich zunächst mit dem Verbandstag in Heilberg. Gauleiter Element als Hauptredner ging des Näheren auf die Gründe ein, die den Vorstand bewegen haben, eine Veränderung des Statuts vornehmlich in bezug auf die Unterstützungen vom Verbandstag vorzuschlagen. Die Folgen der Wertsteigerung von 1000 machen sich jetzt mehr denn je bemerkbar, so daß die ausreichenden Unterstützungen infolge der Arbeitslosigkeit eine derartige Höhe erreicht haben, daß das erst im vorigen Jahre in Hamburg beschlossene Statut nicht mehr anrecht erhalten werden kann, wenn nicht der Verband auf seinen Hauptzweck, die Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse überhaupt verzichten will. Auch die ins Riesenhafte gehende Entwicklung der Higarttenindustrie ist als ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Arbeitslosigkeit in der Higarttenbranche anzusehen. Wir müssen mehr Mittel für den Kampf bereithalten, denn auch in Schloßen sind die Löhne noch recht aufbesserungsbedürftig. Redner zog einen Vergleich zwischen den vorausgabten Unterstützungen des Jahres 1908 und den im dritten und vierten Quartal 1912 vorausgabten Unterstützungen und kommt zu dem Resultat, daß die Summen für die einzelnen Unterstützungsabteilungen sich gegen 1908 fast verdoppelt haben. Redner geht des Näheren auf die vom Vorstand beantragten Veränderungen des Statuts ein, dieselben eingehend erläuternd. In der Diskussion ist man im allgemeinen mit den Veränderungen einverstanden, und werden von einigen Kollegen Verbesserungsanträge gestellt. (Siehe Anträge unter Breslau.) Als Kandidaten zum Verbandstag werden die Kollegen Battermann und Gertenberg gewählt. (Von der Sektion der Higarttenarbeiter ist der Kollege Heinrich als Kandidat gewählt.) Als Redner über Resolutionen wird der Kollege Böhmer durch Handzettel mitgeteilt werden. Beschlossen wird, einen Ausflug zu veranstalten. Auch darüber soll den Mitgliedern noch Näheres mitgeteilt werden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.
Einige Eingekommene und Berichte mußten für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorstandsber., Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.
Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Weld-, Einzieh- und Verjüngungsarbeiten an W. Nieder-Belland, Bremen, Finkenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Dankabteilung der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, Postfach Nr. 6349 beim Postamt in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krahn, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Alendort, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Anschlag bestimmte Anschläge sind an Emil Sillen, Altona-Altenhof, Holtenauer 3, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Kündigung nach § 15 b:
In Czernburg a. W., der Zigarrenmacher Emil Groß aus ? (S. 1287/6.)
In Kallbur, der Zigarrenmacher Ignaz Nowak aus ? (S. 1466/5.)
Kündigung nach § 15 a:
In Waldorf bei Heilberg, der Zigarrenmacher Emil Juchs aus Wrosterode, geb. 11. 7. 1869, eingetr. d. 3. 1911. S. II, 43 632, Nr. 3. B. hat sich durch Fällungen von Stützungen im Mitgliedsbuch für 26 Tage = 20,20 M. Krankenunterstützung zu verfahren gewährt (S. 1203/5; 1395/6; 1490/7; 1494/8; 1499, d. J. 13.)
In Lübeck, der Zigarrenmacher Fritz Stegemann aus Lübeck, geb. 4. 1868, eingetr. 24. 3. 12.
Et kam vom Auslande mit einer schwedischen Wanderkarte in Lübeck zugereist und verfuhrte Unterstützung zu erheben. Als dies abgelehnt wurde, weil der Inhaber nicht noch nicht vollzogen war, da hat sich Et. selbst einen Schein mit der Unterschrift des 1. Bev. Carl Sandpauer angefertigt, der ihn einen Anspruch auf 3 M. zusicherte. Auf diesen selbstgefertigten Schein mit der gefälschten Unterschrift hat Et. tatsächlich 3 M. Unterstützung beim Herbergswirt erhalten. Da Et. darauf losgeht, durch Bekundenschein Unterstützung zu seiner Hände zu bringen, so werden alle Zahlstellen auf diesen Trick aufmerksam gemacht (S. 1822, 3 J. 16.)
An diesem Beispiel kann wieder gezeigt werden, was für Unwesen mit Scheinen getrieben wird. Es wird deswegen erneut daran erinnert, daß fälschliche Scheine ausgestellt werden dürfen. Jedes Mitglied hat seine Wanderkarte, sofern es auf Wanderschaft ist, oder ein Mitgliedsbuch, sofern es am Orte verbleibt. Nur das Mitgliedsbuch oder Wanderkarte gelten als Beweis der Mitgliedschaft. In allen Fällen ist beim Vorzeigen dieser Legitimationen sorgfältig zu prüfen, ob Fällungen vorgenommen worden sind. In allen zweifelhaften Fällen ist die Unterstützung zu verweigern und die Papiere zu konfiszieren und zwecks Prüfung einzusenden.

Zu konfiszieren und einzusenden ist:
die Wanderkarte, lautend auf Heinrich Wähle aus Wände, geb. 20. 3. W. eingetr. 1. 3. 11, Tage 24 558. Derselbe war in Arbeit und verfuhrte, für die Länge, an denen er gearbeitet hat, Unterstützung zu erheben. (S. 1583, 4 J. 13.)
Als verloren wurde gemeldet:
Breslau: die Wanderkarte, lautend auf Max Arndt aus Wohlau, geb. 13. Febr. 1860, S. II, Nr. 29 864, eingetr. 15. April 1912.
Im Vorgehensweise ist die Karte zu konfiszieren und an den Vorstand zu senden.
Die Bevollmächtigten der Zahlstellen, in welchen M. Arndt Arbeitslosenunterstützung bezog, werden ersucht, dem Vorstand mitzuteilen, für welche Zeit er und welche Summe an Arbeitslosenunterstützung an A. ausgezahlt wurde. (S. W. Nr. 1594.)

Wesensänderungen der Gauleiter.
8. Gau Offenburger: Der Gauleiter O. Durban wohnt ab 1. Juli Offenburger, Weggerstr. 15 II.

Der Vorstand.

Vom Vorstand sind ernannt:
Klein-Auheim: Franz Joseph Bergmann als 2. Bev.
Apolda: Martin Schiele als 3. Bev.; Heinrich Kallberg als Revisor.

Abwesenheitsänderungen.
Mühlhausen, Dec. 2. Bev. 2. Mühlhausen wohnt Baust. 21.

Unterstützungen werden ausgezahlt:
A. U. = Arbeitslosen-Unterstützung. K. U. = Kranken-Unterstützung.
Torgau: A. U. wird vom 1. Juli ab nur an solche Mitglieder ausgezahlt, welche am Orte in Arbeit treten.

Arbeitsangebote.
Weiba i. Thür. Eine Wickelmacherin kann sofort Arbeit erhalten. Tariflohn. Nachzuf. beim 2. Bev. D. Schleicher, Weiba, Sandstr. 6.

An die Bevollmächtigten.
Der Tabak-Arbeiter-Verband für diese Woche ist eine gelbe Statistikkarte („Kaiserl. Statistisches Amt“) beigelegt. Diese Statistikkarte für das 2. Vierteljahr 1913 bestimmt und enthält acht Fragen, die für alle unsere Zahlstellen verpflichtend zu beantworten sind.
Man beachte bei der Beantwortung:
Unter Frage 1 ist anzugeben, wie viele männliche und wie viele weibliche Mitglieder unseres Verbandes am Schlusse des 2. Quartals 1913 in der Zahlstelle vorhanden sind. (Bei Beantwortung dieser Frage ist darauf zu achten, daß die Mitgliederzahlen genau angegeben und mit den Angaben über Mitgliederbestand auf den Quartalsabrechnungen übereinstimmen müssen.)
Unter Frage 2 ist anzugeben, wie viele von den Mitgliedern in der Zahlstelle im 2. Quartal 1913 arbeitslos waren. (Die Zahl derjenigen Mitglieder, die keine Arbeitslosenunterstützung erhielten, sind mit anzugeben.)
Unter Frage 3 ist anzugeben, wie viele arbeitslose Mitglieder am Sonnabend, den 28. Juni 1913 in der Zahlstelle vorhanden waren. (Die arbeitslosen Mitglieder, die keine Unterstützung erhalten, sind mit anzugeben.)
Unter Frage 4 ist anzugeben, wie viele auf der Reise befindliche (wandernde) arbeitslose Mitglieder unseres Verbandes sich am Sonnabend, den 28. Juni 1913 in der Zahlstelle befanden.
Unter Frage 5, Abs. a) ist anzugeben, wie viele arbeitslosen Tage im 2. Quartal 1913 auf die arbeitslosen Mitglieder in der Zahlstelle entfielen. (Hierbei sind mit einzurechnen die arbeitslosen Tage, die auf die Mitglieder entfielen, die keine Arbeitslosenunterstützung erhielten.) Unter Abs. b) sind die gleichen Angaben auch für die im Quartal eventuell durch- oder zugewanderten arbeitslosen Mitglieder zu machen.
Unter Frage 6 ist die Zahl der arbeitslosen Mitglieder anzugeben, die im 2. Quartal 1913 in der Zahlstelle Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt erhielten, und zwar unter Abs. a) die Zahl der arbeitslosen Mitglieder, die am Orte verblieben und unter Abs. b) die Zahl der arbeitslosen Mitglieder, die im 2. Quartal 1913 durch- oder zugewandert sind.
Unter Frage 7 ist die Zahl der Tage anzugeben, für welche im 2. Quartal 1913 in der Zahlstelle Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde, und zwar unter Abs. a) die Zahl der arbeitslosen Mitglieder, die am Orte verblieben und unter Abs. b) die Zahl der arbeitslosen Mitglieder, die im 2. Quartal 1913 durch- oder zugewandert sind.
Unter Frage 8 sind die Unterstützungssummen anzugeben, die im 2. Quartal 1913 in der Zahlstelle an arbeitslose Mitglieder unseres Verbandes ausgezahlt wurden, und zwar unter Abs. a) die Summen für die arbeitslosen Mitglieder, die am Orte verblieben und unter Abs. b) die Summen für die arbeitslosen Mitglieder, die im 2. Quartal 1913 durch- und zugewandert sind.
Streikende, ausgesperrte, gemahrene und krankte Mitglieder dürfen bei dieser Statistik überhaupt nicht mitgezählt werden.
Die für das 2. Quartal 1913 bestimmte Statistikkarte muß bis zum 5. Juli 1913 an den Vorstand eingeleistet sein.
Wir ersuchen nun die Bevollmächtigten, diese Statistikkarte gewissenhaft zu beantworten und rechtzeitig an den Vorstand einzusenden.
Zahlstellen, von denen kein Bericht eingeht, werden verpöblich.
Zahlstellen, die aus Versehen keine Karte erhalten, müssen dies sofort dem Bureau mitteilen.
Bremen. Der Vorstand.

Vom 17. bis 23. Juni 1913 sind folgende Gelder bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge, Z. = Zurückgezahlt):
14. Juni: Brud. B. 80.—, Klein-Kroenenburg B. 400.—, 15. Juni: Jüterbog B. 100.—, Johannebergentadt B. 50.—, Ganderseeheim B. 100.—, Walle i. Lippe B. 100.—, 16. Juni: Rehme B. 200.—, Berlin B. 250.—, Widenbach B. 22.—, Schmölke B. 200.—, Waldorf b. Heilberg B. 40.—, 17. Juni: Döhlen B. 150.—, Hahnen B. 100.—, 19. Juni: Breslau B. 300.—, Lenzinghausen B. 100.—, 20. Juni: Schwenningsdorf B. 50.—, Wöhne B. 20.—, durch Fr. Fischmeyer.
Bremen, den 23. Juni 1913. W. Nieder-Belland.

Kandidatenliste zum 16. Verbandstag.

1. Gau (Hamburg).
Zahlstelle Rostock: Joseph Krey, Welsdorf.
Zahlstelle Scharbeek: Karl Arfmann, Buchshausen.
Zahlstelle Burgdamm: Joh. Brühns, Ritterhude.
Zahlstelle Heide: Gust. Könnig, Heide.
Zahlstelle Hamburg: Friedrich Rehbod, Altona; Joh. Stahl, Altona; Otto John, Hamburg; Bernh. Arntzen, Ottenen; Wllh. Sander, Hamburg; Friedr. Hörmann, Hamburg; Gottlieb Ostertag, Altona; Franz Kallowski, Ottenen; Emil Brandt, Hamburg; Otto Brüggemann, Hamburg; Friedr. Fuhrmann, Altona; Heinrich Kolaritz, Altona; Emil Guth, Hamburg; Fritz Kusborn, Altona; Karl Runge, Ottenen; Franz Zwerner, Hamburg; Karl Wegger, Hamburg.
Zahlstelle Bremen: Aug. Meng, Bremen; Gust. Hiesgen, Bremen.
Zahlstelle Neumünster: Carl Jüres, Neumünster.

2. Gau (Braunschweig).
Zahlstelle Herode: Fritz Webedind, Herode.
Zahlstelle Helmarschhausen: Carl Bungenbahl, Helmarschhausen.
Zahlstelle Döhlen: Emil Brinkmann, Kollan a. E.
Zahlstelle Drantenbaum: Reinh. Kuntler, Drantenbaum.
Zahlstelle Stendal: Karl Behrens, Stendal.

3. Gau (Nordhausen).
Zahlstelle Mühlhausen i. Th.: Karl Rathgeber, Mühlhausen.
Zahlstelle Wippenhausen: Justus Werner, Kleinmerode.
Zahlstelle Cassel: Alfred Kiel, Cassel.
Zahlstelle Nordhausen: Otto Schmidt, Nordhausen; Albert Jahl, Nordhausen; Karl Elbers, Nordhausen.

4. Gau (Sondershausen).
Zahlstelle Döhlen: Joh. Schröder, Döhlen.
Zahlstelle Wippenhausen: Wllh. Scholmann, Wippenhausen.
Zahlstelle Böhre: Herm. Bradmann, Böhre.
Zahlstelle Rehme: Karl Berg, Rehme.
Zahlstelle Spenge: Fritz Brinkmann, Spenge.
Zahlstelle Drake: Conr. Tische, Drake.
Zahlstelle Herford: Wilhelm Thüner, Herford.
Zahlstelle Niederbecken: Wilhelm Kottwilm, Niederbecken.
Zahlstelle Lübbecke: Heinrich Kreienkamp, Lübbecke.
Zahlstelle Lenzinghausen: Gustav Wllh. Lenzinghausen.

Zahlstelle Bienen: Johann Ehrig, Bienen.
Zahlstelle Kirchlengern: Heinrich Niehaus, Kirchlengern.
Zahlstelle Spradow: Karl Reisinger, Spradow.
Zahlstelle Heide: Hermann Wllh. Heide.
Zahlstelle Haderkreuz: Ludwig Meißner, Haderkreuz.
Zahlstelle Oberbecken: Karl Berg, Rehme.
Zahlstelle Schwenningsdorf: Gottlieb Kötter, Schwenningsdorf.
Zahlstelle Hunnebrod: Heinrich Boverkamp, Hunnebrod.
Zahlstelle Bielefeld: Albert Schulz, Bielefeld, 5. Gau (Ala).
Zahlstelle Goch: Peter Kradts, Goch.
Zahlstelle Duisburg: Ernst Goldschmidt, Duisburg, 6. Gau (Frankfurt a. M.).
Zahlstelle Froschhausen: Allan Rimmerer, Froschhausen.
Zahlstelle Bärzberg: Max Demmerich, Bärzberg.
Zahlstelle Al.-Kroenenburg: Allan Jakob Schmal, Klein-Kroenenburg, 7. Gau (Heilberg).

Zahlstelle Speyer: Adam Weinschlag, Speyer.
Zahlstelle Lampertheim: Koppers, Lampertheim.
Zahlstelle Hedenheim: Ludwig Koch, Hedenheim.
Zahlstelle Mannheim: Ferd. Dahms, Mannheim.
Zahlstelle Neulandheim: Philipp Friedrich Rupp, Neulandheim, 8. Gau (Offenburger).
Zahlstelle Offenburger: Silvester Knapmann, Offenburger, 9. Gau (Karlsruhe).
Zahlstelle Ansbach: Bernh. Klaus, Ansbach.
Zahlstelle Karlsruhe: Joh. Rothader, Karlsruhe, 10. Gau (Erfurt).
Zahlstelle Siebisch: Ernst Heiner, Siebisch.
Zahlstelle Gera: Paul Rudolf, Gera.
Zahlstelle Eisenach: Paul Gultig, Eisenach.
Zahlstelle Wajungen: August Franz, Wajungen; Carolin, Wajungen.
Zahlstelle Apolda: W. Pöpping, Apolda.
Zahlstelle Altenburger: Ernst Klemke, Altenburger, 11. Gau (Dresden).

Zahlstelle Hainichen: Karl Reich, Hainichen.
Zahlstelle Waldheim: Rich. Rado, Waldheim.
Zahlstelle Grimma: Otto Seier, Grimma.
Zahlstelle Dresden: Wilhelm Vogel, Dresden; Karl Krutzig, Dresden; Paul Wrojan, Dresden.
Zahlstelle Hainichen: Richard Verloff, Frankenberg.
Zahlstelle Geringswalde: Frau A. Vogel, Geringswalde.
Zahlstelle Kothwitz: Rich. Gerloff, Frankenberg.
Zahlstelle Kretsch: Alons Hoffmann, Kretsch.
Zahlstelle Deuben: Rich. Bachmann, Deuben.
Zahlstelle Freiberg: Clemens Böhme, Freiberg, 12. Gau (Breslau).

Zahlstelle Döhlen: Emanuel Langner, Döhlen.
Zahlstelle Brieg: Wilhelm Schneider, Brieg.
Zahlstelle Strigau: Fritz Kurzbuch, Strigau.
Zahlstelle Burgau: Bernh. Balme, Burgau.
Zahlstelle Sprottau: Paul Hornig, Sprottau, 13. Gau (Berlin).
Zahlstelle Lübben: Otto Bernersdorf, Lübben.
Zahlstelle Spremberg: R. Dettner, Spremberg.
Zahlstelle Jüterbog: W. Hilpert, Jüterbog.
Zahlstelle Dahme: Rich. Koller, Dahme.
Zahlstelle Jastrow: Louis Jacoby, Jastrow.
Zahlstelle Guben: Rich. Gensjäger, Guben.
Zahlstelle Finsterwalde: Karl Krause, Finsterwalde.

Kandidatenliste für die Sektionen der Zigarettenarbeiter.

11. Gau (Dresden).
Zahlstelle Deuben: D. Zimmermann, Deuben.

Kandidatenliste für die Sektionen der Sortierer.

11. Gau (Dresden).
Zahlstelle Dresden: Walter Kabis, Dresden.
Zahlstelle Waldheim: Karl Jüchner, Waldheim, 12. Gau (Breslau).
Zahlstelle Breslau: Otto Demprich, Breslau.

Mitglieder-Versammlungen.

Steht den gewohnheitsmäßigen Versammlungsschwänzern, wo Ihre trefft, aufs Dach und sagt ihnen, was sie zu tun haben!
Sonntag, den 23. Juni.
Verf. Hermann, 10. Gewerkschaftshaus.
Sonntag, 5. Juli:
Gesea a. S.: 5. W. Boffe (Herberge). L.-D.: Der Verbandstag (Ref.: Gauleiter Vora); Antebz zum Verbandstag.
Altm.: Ab. 8, h. Rüh. L.-D.: Abrechnung, Verbandstag.
Görlitz: Ab. 8, Gewerkschaftshaus Thiel. L.-D. m. dort bel. geg. Delegiertenwahl am 6. Juli, 2 bis 6 nachm.
Spradow: Bei Kolbener, Spradower Höhe.

Gau Braunschweig (Mitgliederversammlungen).

Sonntag, 28. Juni abends 8 Uhr in Helmarschhausen
Sonntag, 29. Juni morgens 11 " " Kölar im Sölling
Sonntag, 29. Juni nachmitt. 8 " " Wrobenen
Montag, 30. Juni abends 8 " " Wrobenen
Dienstag, 1. Juli 8 " " Freben.

In allen Versammlungen ist die Tagesordnung: Der Verbandstag.
Referent: Gauleiter Vora.

Gestorben:

Am 24. Mai zu Heide August Dreßvogt aus Heide, 48 Jahre alt.
Am 7. Juni zu Berlin Frau Ottilie Dinger aus Dresden, 45 Jahre alt.
Am 12. Juni zu Leipzig Dorthea Krudt aus Leipzig, 75 Jahre alt.
Am 13. Juni zu Dresden Ella Rannmann aus Al.-Erlau, 18 Jahre alt.
Am 13. Juni zu Lannenberg Rich. Hugo Philipp, gen. Hans, aus Freiberg, 60 Jahre alt.
Am 15. Juni zu Hamburg Ferdinand Wöhe aus Eternförde, 68 Jahre alt.
Am 16. Juni zu Döhlen (Zahlstelle Eger), Theodor Günerhoff aus Döhlen, 20 Jahre alt.
Am 17. Juni zu Brieg Hermann Dremsa aus Rathau, 32 Jahre alt.
Am 17. Juni zu Dresden Hildegard Rehn aus Pirna, 30 Jahre alt.
Am 17. Juni zu Hedenheim Magdalena Träutlein aus Planitz, 30 Jahre alt.
Am 21. Juni zu Dresden August Staden aus Großenhain, 62 Jahre alt.
Oben ihrem Andenken!

H

Aus meinen 3 Partien
- 1271 Ballen - Bezoeki

F

Loros AB, Loros NT, Loros SA

(In den Einschreibungen vom 19. 3. und 24. 4. direkt gekauft)

offertere ich noch freibleibend

blattige Einlagen und Aufarbeiter zu 38 Pfg. bis 61 Pfg.

unverzollt per 1/2 kg. bei Mindestkauf von ganzen Ballen à ca. 100 kg.

Die Loros sind reifbraune, trockene, kernige Qualitätstabake, ganz leicht auf der Hand, mit unbedingt sicherem Blattbrand. Da feine Bezoekitabake seit Jahren nicht so billig zu kaufen waren, empfehle ich baldigst Muster einzufordern.

Gebrauchte
Wickelformen
Riesenauswahl!
Billige Preise!

Heinrich Franck

Berlin N. 54
Brunner-
Strasse 22

Gegründet 1879

Postcheckkonto: Berlin 1788

Telephon: Amt Norden 4558

W. Hermann Müller

= Berlin, Magasinstrasse 14 =

Neu eingetroffen:

Java-Umblatt Tjondro No. 7372

leicht, blattig, sicher brennend, M. 1.60 pro Pfund verzollt.

Sumatra No. 6869

2. Länge Vollblatt, alter Tabak, nur M. 2.95 pr. Pfund verzollt

Beordern Sie Muster!

GELEGENHEITSKAUF

Ich kaufe Riesenposten

gebrauchter Formen

nur moderne Fassons und gebe dieselben zu fabelhaft billigen Preisen ab. Verlangen Sie sofort Schiffchenabdrücke. Offerten an die Exped. d. T.-A. unter N. 40.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtwall 36 Fernsprecher 3946

empfeht in besonderer Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Sollblatt, 185, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500

Sumatra-Umblatt, Sollblatt, 155, 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 320

Java-Decker dunkel 220, hell 260, 280, 300, 320

Java-Umblatt 140, 155, 160, 165

Java-Einlage 95, mit Umbl. 110, 120, 130

Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320

Brasil-Decker 175, 200, 210

Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160

Wickelformen neu und gebraucht in allen Fassons von 50-150

Schiffchen-Abdrücke verarbe gratis und franco

Neu, schmeldesteinerne Formenpressen mit Glasgeminde, besonders

stark gearbeitet für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Gummi-

Tragant, allerfeinste Ware, größte Klebkraft, per 100 Stk. 1.50 M.

Basishandband, grau und lafsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 M.

Preis per Pfund verzollt einschließlich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme

Achtung! Zigarrenfabrikation!

Zur Anfertigung einer preiswerten und doch guten Zigarre,

benötigt man 1000 Stück, empfehlen folgende Tabake:

2 Pfd. Sumatra-Deckblatt, 3. Länge Vollbl., pr. Pfd. M. 1.80 = M. 3.60

3 Pfd. Vorstenland-Umblatt, 3. Länge Vollbl., pr. Pfd. M. 1.30 = M. 3.90

3 Pfd. Domingo-Aufleger, pr. Pfd. M. 1.20 = M. 3.60

3 Pfd. St. Felix-Brasil-Einlage, lose Blätter, pr. Pfd. M. 1.50 = M. 4.50

5 Pfd. Java-Einlage, leicht, sehr eriebig, pr. Pfd. M. 1.20 = M. 6.00

16 Pfd. Zerkleinert M. 21.50

Zur Angabe weiterer Zusammenstellungen gerne bereit

und durch Lieferung guter Ware suchen wir dauernde

Verbindungen herzustellen.

Hengloss & Maak - Altona-Offensen

Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 25.

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482

- anerkannt reelle, billige -

Bezugsquelle sämtlicher Tabake

empfeht

Sumatra-Decker (schneeweißer Brand) 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500

Sumatra-Umblatt (Sollblatt) 140, 150, 160, 170, 180, 190

Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 (mittel) 200, 220, 240, 250

Java-Umblatt (leicht, Kottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170

Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115

Vorstenland-Decker 180, 200, 220, 240, 260, 270, 300, 320, 350

Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240

Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170

Geschliffene Einlage 110

Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 130, allerfeinstes Umblatt 140

Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130

St. Alex 110, 120

Losgut (blattig) 95, 100

Original-Mischung 105, 110, 120

Havana 150, 200, 250, 300, 400

Decker 650

Yara-Guba (sauer) 180, 200, 250

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse 183

Sumatra-Decke, sehr große Aus-

wahl, mittel- und hellfarb. Voll-

blatt, 2. und 3. Länge à 250

bis 500, hell ff. 600

Vorstenland-Decke, dunkel,

bester Mexiko-Ersatz, à 260

helle Rehrade à 300-400

Java-Einlagen à 110-125

Java-Aufarbeiter à 130-145

Java-Umblatt à 150-190

Mexiko-Decke ff. 450

Brasil à 150-190, Decke à 350

Havana à 350, Cuba à 200

Domingo à 120-170

Carmen à 120-155

Uokermärker Ia. à 105

Blattware, à 105 u. m. Dec-

blatt-Rampagen à 125

Wickelformen, gebrauchte, gut er-

haltene. Schiffchen-Abdrücke gratis

und franco.

Pressen zu 12 Formen, oben u. unten

verjährt, Holzfuß- u.

Holzdruckplatte in sehr starker Aus-

föhrung, leichte Träger, 10 M.

sonst 11 M. nur.....

Presskasten, Bündelbücke, Roll-

breiter, Arbeitsmesser, Lack,

Papier, Band, Ringe, Etiketten,

Gummi-Tragant.

Gebrauchte Arbeitstische,

Pressen, Rahmen, Siebe.

Borrmann & Specht

Kohtabak - Bremen

empfehlen in hervorragenden Quali-

täten und sehr preiswert:

Sumatra-Decker, 2. Länge Soll-

blatt, mittelfarbig und von großer

Deckkraft, Pfd. 2.40 M., hellfarbig

und leicht, sehr fein, Pfd. 2.80 M.

Vorstenland-Decker, hellfarbig, sehr

leicht, Pfd. 2.90 M.

Felix-Decker, das Feinste in Brand

u. Aroma, Pfd. 2.60 u. 2.95 M.

His Erlag für Brasil-Decker aller-

feinste dunkle Vorstenland-Decke

größte Deckkraft, Pfd. 1.90 M.

Carmen-Umblatt (a. la., das Beste,

was es hierin gibt, großes, volles,

gutes Blatt, Pfd. 1.60 M.

Domingo-Umblatt, sehr zu empfehlen,

Pfd. 1.45 M.

Domingo-Umblatt und -Einlage,

trocken und leicht, Pfd. 1.15 M.

Java-Umblatt, beste Qualität, großes

volles Blatt, Pfd. 1.40 M.

Java-Einlage, sehr blattig u. fein-

schmedend, Pfd. 1.15, 1.25 M.

Havana-Vuelta Pfd. 3.10, 3.5 M.

Yara-Cuba (sauer) Pfd. 2.50, 2.70,

2.90 M.

Brasil-Umblatt und -Einlage, sehr

fein im Geschmack, Pfd. 1.60 M.

Losgut 95, 1 M., Original-

Mischung 1.10, 1.15, 1.20 M.

Carl Roland, Berlin SO.

Rottbueferstrasse 4. [5

Sumatra - Stückblatt

große 2. Blattlänge, sehr viel helle

Farben enthaltend, Blütenweißer

Brand, vorzüglich bedend, pro

Pfund nur M. 2.-

Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1, B. [10

Alle Sorten in- u. ausländischer

Tabake zu billigsten

Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wert-

steuer. Post-Versand per Nach-

nahme. Ziel nach Uebereinkunft

bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Versand nur gegen Nachnahme.

Geleiene Zabat-Arbeiter

bilden ein vorzügliches Agitations-

mittel, deshalb gebe man sie stets

an unorganisierte Kollegen weiter.

Hamburger Rohtabaklager

inh. John Levie

empfeht in hervorragender Quali-

tität und prima Brand feinste